

LANDTAGS NACHRICHTEN

4. August
6 / 2016
www.landtag-mv.de



+++ Aktuell: Sicherheit in M-V +++ Nachtragshaushalt: Schnelles Internet +++ Abschlussberichte Enquete-Kommission und Untersuchungsausschuss +++ Erneuerbare Energien +++ Erlebnisraum Schweriner Schloss +++ Juniorwahl in M-V: Jugend debattiert mit Spitzenkandidaten +++ "nicht-egal" – Online-Kampagne zur Debattenkultur +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Muschelbrunnenhof im Schweriner Burggarten

3	Gastkolumne	Frank Pfaff (dpa) über die Pflicht der Politiker und die Erwartungen der Wählerinnen und Wähler
4 – 19	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„Für unsere Heimat: Sicherheitsgefühl der Bürger stärken“
6 – 18	Berichte	Nachtragshaushaltsgesetz für 2016 und 2017 (Breitband-Ausbau) Aussprache: „Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land guter Arbeit werden“ Sachstandsbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Insolvenz der P+S Werften GmbH Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ Aussprache: Für eine konsequente und verantwortungsbewusste Flüchtlingspolitik: Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einstufen Mehr Akzeptanz für erneuerbare Energien Erlebnisraum Schloss Schwerin Weitere Beschlüsse
19	Rückschau	Die 6. Wahlperiode in Zahlen Abgeordnete, die nicht mehr zur Landtagswahl antreten
20 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Agrarausschuss:</i> Unterwegs im Landkreis Vorpommern-Rügen <i>Bildungsausschuss:</i> Besuch im Kulturhistorischen Museum Rostock <i>Wirtschaftsausschuss:</i> #Gesundheit 2016 – 16. Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Rostock-Warnemünde
22 – 23	PANORAMA	Jugend debattiert mit Spitzenpolitikern zur Landtagswahl „nicht-egal“ – Internet-Kampagne zur Debattenkultur gestartet Serie Landtagswahl / Teil 6: Briefwahl
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Reden. Werben. Überzeugen.

Wachstum und kontinuierlicher Fortschritt – Stillstand und verpasste Chancen. Es gehört zu den parlamentarischen Gepflogenheiten und schier unumstößlichen Ritualen der Politik, dass sich Regierung und Opposition am Ende einer Wahlperiode in ihrem Fazit grundsätzlich unterscheiden.

Wer an der Macht ist, möchte dies auch nach der Neuwahl des Parlaments bleiben. Also preist er die positiven Entwicklungen der zurückliegenden Jahre und schreibt sie, wo immer möglich, dem Konto des eigenen politischen Handelns gut. Und hofft, dass dies vom Wähler anerkannt und honoriert wird.

Wer an die Macht will, listet Versäumnisse und Fehler der politischen Konkurrenz auf und entwirft Gegenkonzepte, wie alles besser gemacht werden könnte. In der Hoffnung, dass möglichst viele Menschen den neuen Weg mitgehen.

Kurs halten oder umsteuern?

Alle fünf Jahre hat es der Wähler im Land mit seiner Stimmabgabe in der Hand. Das nennt man – zugegeben etwas simpel erklärt – Demokratie. Oder genauer: Repräsentative Demokratie. Denn das Volk wählt seine Repräsentanten im Parlament, seine Volksvertreter, die dafür sorgen sollen, dass es ihm gut, nach Möglichkeit immer besser geht. Das ist es, was der Wähler in erster Linie von Politikern erwartet.

Und so schaut er, bevor er in der Wahlkabine seine Kreuzchen setzt, wer was zu bieten hat. Wie die Wirtschaft – die Arbeit gibt – gestärkt werden soll. Wie ein sicheres Leben und gleichzeitig die persönlichen Freiheiten gewährleistet werden sollen. Wie Bildung vermittelt und Gesundheit geschützt wird. Kernbotschaften sind gefragt und nicht 100 Seiten Parteiprogramm, die ohnehin kaum jemand liest.

**„ Gehen die Politiker auch außerhalb
des Wahlkampfes auf die Bürger zu?
Sie müssen es! „**

Und mündige Bürger wissen, dass im Wahlkampf oft auch mehr versprochen wird, als dann gehalten wird, werden



Frank Pfaff ist seit vielen Jahren für die Nachrichtenagentur dpa als landespolitischer Korrespondent und Leiter des Büros in Schwerin tätig.

kann. Denn nur ganz selten erringen einzelne Parteien eine Regierungsmehrheit; sind also gezwungen, Koalitionen zu bilden, dafür von der reinen Lehre abzuweichen und Kompromisse einzugehen. Mehrheiten bilden, auch das ist Demokratie.

Doch haben die jüngsten Wahlen in Baden-Württemberg oder Sachsen-Anhalt gezeigt, dass Parteien, die jahrelang die politische Landschaft prägten und mit ihren Angeboten Wähler gewannen, massiv an Vertrauen einbüßten. Vor allem die Flüchtlingspolitik verunsicherte viele Menschen, schuf Angst und schließlich Wut. Zulauf erhielten jene, die einfache Lösungen für komplizierte Probleme anboten. Werte wie Menschlichkeit und Solidarität geraten ins Hintertreffen, der Weitblick endet an einer Mauer aus Intoleranz und Ausgrenzung. Dass solche Meinungen und Haltungen ohne Sorge vor Repression zum Ausdruck gebracht werden können – auch das ist Demokratie.

Warum aber sind so viele Menschen – in Sachsen-Anhalt war es fast jeder Vierte – nicht mehr bereit, jenen zu vertrauen, die bisher Politik machten? Wohl auch, weil so viele Parteien in die politische Mitte drängen und sich in ihren Positionen oft nur noch in Nuancen unterscheiden. Ränder werden frei – und neu besetzt. Vor allem aber wohl, weil sich Menschen bei politischen Entscheidungen nicht mitgenommen, einfach übergangen fühlen.

Stellen sich die Politiker, die Abgeordneten, die Volksvertreter regelmäßig den Fragen ihrer Wähler? Nehmen sie das Gespräch auch dann an, wenn es unliebsame Wahrheiten zu verkünden und zu vertreten gilt? Gehen sie auch außerhalb des Wahlkampfes auf die Bürger zu? Sie müssen es! Denn auch das macht Demokratie aus. Reden. Werben. Überzeugen. Es sind die einfachen Dinge, die manchmal so schwer sein können.

Frank Pfaff

Polizei muss gestärkt werden

Über das Wie gingen die Meinungen in der Aktuellen Stunde auseinander

Erhöhen mehr Polizisten das Sicherheitsgefühl der Bürger? In seiner letzten Aktuellen Stunde vor den Wahlen hat sich der Landtag einen hitzigen Schlagabtausch über gefühlte Sicherheit, Polizeireform und Arbeitsbelastung der Polizisten geliefert. Ausgangspunkt war das von der CDU gewählte Thema „Für unsere Heimat. Sicherheitsgefühl der Bürger stärken“. Die CDU will beides stärken: Heimatgefühl und Sicherheit. Linke und Grüne warfen den Christdemokraten Wahlkampfmanöver vor. Einig waren sich indes alle Redner, dass die Polizei gestärkt werden müsse. Über das Wie wurde jedoch heftig gestritten.

Fotos: Uwe Sinnecker



Michael Silkeit (CDU)

„Terroranschläge in Europa und der Welt, die Zunahme von Gewalt in der Gesellschaft, Wohnungseinbrüche und immer neue Kriminalitätsphänomene beunruhigen die Menschen in hohem Maße. Die Bürger wollen Schutz für ihr Leib und Leben, ihr Eigentum, ihre Wohnung“, sagte **Michael Silkeit** (CDU). Dazu brauche es einen „starken und leistungsfähigen Staat“. Doch genau hier sei „jahrelang“ auf Kosten von Polizei und Verfassungsschutz gespart worden. Die Folge seien Überstunden und hohe Krankenstände. „Viele Dienststellen halten sich nur noch mit ausgeprägtem Improvisationsvermögen über Wasser.“ All das müsse sich durch eine „deutliche Aufstockung des Personals“ dringend ändern. Möglichen Schuldzuweisungen an den derzeitigen „Polizeiminister“ Lorenz Caffier schob Silkeit jedoch gleich einen Riegel vor: „Die Ursachen sind wesentlich nicht im Jetzt und Heute zu suchen, sondern reichen bis ins Jahr 2000 zurück“, zum „Personalentwicklungskonzept aus der Ära eines Gottfried Timm“. Seiner Fraktion gehe es darum, „das subjektive Sicherheitsgefühl“ der Menschen mit „tatsächlich fassbaren und abrechenbaren Maßnahmen“ wieder zu stärken. „Das können Sie bei uns sehr, sehr deutlich im Wahlprogramm nachlesen.“

Wer nach zehn Jahren Regierungsverantwortung für Sicherheitsfragen in diesem Land in der letzten Aktuellen Stunde an die Stärkung des Sicherheitsgefühls appelliere, der „täuscht Aktionismus vor“ oder „steht vor den Trümmern seiner gescheiterten Politik“, resümierte **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Welchen Beitrag konkret die Ausdünnung von Polizeidienststellen und Gerichtsstandorten für die nun geforderte Stärkung des Sicherheitsgefühls bei Bürgern



Peter Ritter (DIE LINKE)

geleistet hat, das hat sich mir beim besten Willen noch nicht erschlossen.“ Mit den derzeit 5.800 Polizeistellen im Land sei jedenfalls ein „Grenzwert“ erreicht. Ritter erinnerte daran, dass seine Fraktion diesbezüglich schon lange eine Evaluation gefordert habe. SPD und CDU hätten sich hierfür jedoch auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verständigt. Dann aber schon vor der Wahl mehr Stellen zu versprechen, sei unseriös. Damit stärke die Koalition möglicherweise ihr Sicherheitsgefühl, aber nicht das der Bürger. Persönliche und öffentliche Sicherheit sei zudem mehr als Polizeipersonal und Polizeistruktur. „Eine gute Sozialpolitik ist und bleibt die beste Kriminalitätsprävention.“



Manfred Dachner (SPD)

Wer glaube, in seinem Parteiprogramm mit 555 zusätzlichen Polizeikräften das Allheilmittel für ein besseres Sicherheitsgefühl gefunden zu haben, der „täuscht die Bürger, verkennt die Komplexität der Aufgabe und schürt das subjektive Gefühl der Unsicherheit“, hielt **Manfred**

Dachner (SPD) den Christdemokraten entgegen. Masse allein mache keine Klasse. Nötig sei auch, „konsequent gegen Einstiegs- und Kleinkriminalität und Ordnungsverstöße“ einzuschreiten, Justizermittlungen zu intensivieren, die Rechte beim Opferschutz zu verbessern, engagierte Bürger einzubinden. Nicht zuletzt sehe er beispielsweise auch Vermieter in der Pflicht, für gute Straßenbeleuchtung zu sorgen. „All das erzeugt subjektive Sicherheit.“ Die Überlastung der Polizei sei nicht von der Hand zu weisen, aber nicht einer höheren Kriminalität geschuldet. An den Kräften zehrten vielmehr die zunehmenden sachfremden Aufgaben, wie zusätzliche Streifendienste zum Schutz von Asylbewerberunterkünften oder Sicherheitsvorkehrungen bei Fußballspielen, Versammlungen und Großveranstaltungen. „Ziel muss es sein, die Polizei von diesen polizei-fremden Aufgaben zu entlasten.“



Innenminister Lorenz Caffier

Wirtschaftlich gehe es Mecklenburg-Vorpommern „so gut wie nie“. „Und trotzdem herrscht eine große Verunsicherung in der Bevölkerung“, sagte Innenminister **Lorenz Caffier**. Innere Sicherheit, Terrorismus, Flüchtlingskrise, Brexit, Euro-Krise, Globalisierung, die Silvesternacht in Köln, Wohnungseinbrüche – „das sind Themen, die die Menschen beschäftigen“ und unter denen auch ihr Sicherheits- und Heimatgefühl leide. Wer diese Sorgen mit „guten Statistiken“ zu Kriminalität, Aufklärungsquoten und sinkenden Flüchtlingszahlen einfach abtue, „beweist nur seine eigene Kurzsichtigkeit“. „Das Gegenwartsglück vertreibt die Zukunftsangst nicht.“ Caffier erinnerte daran, dass der 2004 beschlossene und 2010 fortgeführte Personalabbau „zu vergleichsweise ruhigen Zeiten“ stattgefunden habe. Jetzt sei die Situation eine andere. Darauf habe die Koalition bereits „präventiv“ reagiert und „zumindest erst mal 100 zusätzliche Stellen“ geschaffen. Ob darüber hinaus weitere nötig sind, darauf legte sich Caffier in der Debatte unter Verweis auf die erst noch bevorstehende Evaluation nicht fest: Diese Entscheidung obliege im Ergebnis der neuen Landesregierung.

„Herr Caffier, wenn man Sie so gehört hat, dann hat man den Eindruck, dass Sie nicht der Innenminister sind, sondern in der Opposition“, fand **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD. Wer die innere Sicherheit erhöhen wolle, müsse auch bereit sein, „an unseren deutschen Außengrenzen“ wieder Kontrollen einzuführen. „Damit entlasten



Udo Pastörs (NPD)

wir dann auch unsere Polizei.“ Mecklenburg-Vorpommern habe im vergangenen Jahr „11.163 Tatverdächtige ausländischer Herkunft“ gehabt. „Das können Sie nicht schönreden!“ Dem Land fehle eine gute „objektive Sicherheitsstruktur“. „Das subjektive Sicherheitsgefühl schwindet in dem Maße, wie die objektive Sicherheit durch die Polizei in unserem Land nicht mehr gewährleistet werden kann.“ An der Stelle habe Caffier allerdings „komplett versagt“.



Johannes Saalfeld (B' 90/DIE GRÜNEN)

Ihm erschließe sich nicht, was die CDU mit der Aktuellen Stunde bezwecke, sagte **Johannes Saalfeld** (B' 90/DIE GRÜNEN). „Ist sie unzufrieden mit der aktuellen Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern – und somit unzufrieden mit der Arbeit ihres eigenen Innenministers? Ist sie unzufrieden mit den Bürgern, deren subjektives Sicherheitsgefühl nicht mit der objektiven Gefährdungslage zusammenpasst?“ Oder sei es Wahlkampfaktik? „Vor solch einem Wahlkampfmanöver will ich warnen: Damit treibt man Wähler rechten Populisten in die Arme.“ Saalfeld warf Caffier vor, die Ressourcen der Polizei mit unverhältnismäßigen Ermittlungsarbeiten unnötig zu strapazieren. „Er lässt unsinnigerweise jeden noch so kleinen Cannabisfund umfangreich ermitteln“ – obwohl die Fälle am Ende „regelmäßig wegen Geringfügigkeit“ eingestellt würden. „Wir brauchen endlich eine ehrliche Aufgabenkritik, eine intensive Evaluation der Polizeistrukturreform und eine nachhaltige Entlastung der Polizei von unsinnigen Aufgaben.“ Wer ohne diese Grundlage über Personal diskutiere, mache den zweiten vor dem ersten Schritt.

Breitbandausbau

Nachtragshaushalt ebnet Weg
für weitere Investitionen

Mecklenburg-Vorpommern geht in die Breitband-Offensive. In den kommenden Jahren sollen bis zu 265 Millionen Euro in den Ausbau schneller Internetverbindungen investiert werden. Geld, das aus den Rücklagen des Landes entnommen werden soll und in dieser Höhe nicht im Doppelhaushalt 2016/2017 vorgesehen war. Der Landtag hat deshalb in seiner letzten Sitzung der Wahlperiode mit großer Mehrheit einem Nachtragshaushalt zugestimmt. Hintergrund ist ein Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau, von dem die Kommunen mehr profitieren können, als ursprünglich angenommen. Die Förderung sieht auch eine Kofinanzierung durch das Land sowie einen Eigenanteil der geförderten Kommunen vor. Die Abstimmung über den Nachtragshaushalt fand während der laufenden Sitzungswoche in einem verkürzten Verfahren statt: Zwischen Erster Lesung, Ausschussberatung und Zweiter Lesung lagen nur drei Tage.

Die Fördermöglichkeit, die das Bundesprogramm bietet, sei bei den Kommunen auf große Resonanz gestoßen, begründete **Torsten Koplín**, Vorsitzender des Finanzausschusses, die Notwendigkeit für den Nachtragshaushalt. Im ersten Aufruf habe der Bund bereits 24 Anträge bewilligt, im zweiten Aufruf mehr als 60 neue Anträge aus M-V erhalten. Das sei „sehr beeindruckend und zu begrüßen“, stelle das Land aber gleichzeitig vor eine große Herausforderung bei der Finanzierung. „Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen sollen nunmehr die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen dafür geschaffen werden, dass wir die Landes-Kofinanzierungsmittel sowie die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils aus der Rücklage leisten können“ und die vorfinanzierten Eigenanteile aus dem kommunalen Aufbaufonds refinanziert werden. „Darüber hinaus empfehlen wir die Verabschiedung einer Entschließung.“ Diese trage den „erheblichen Bedenken“ des Landesrechnungshofs Rechnung, dass der Zugriff auf die Rücklagen nicht durch ein Limit begrenzt werde, und

nehme die Landesregierung in die Pflicht, den Finanzausschuss regelmäßig über die Geldentnahme aus dem Landeshaushalt zu informieren.

„Wenn alle angemeldeten Projekte vom Bund mitfinanziert werden, wird ein Investitionsvolumen von fast 1,3 Milliarden Euro in unserem Bundesland ausgelöst“, hob **Thomas Schwarz** von der SPD hervor. Das mache das Programm zu einem „richtigen Konjunkturpaket“, insbesondere für ländliche Regionen. „Wir hoffen sehr, dass viele einheimische Unternehmen den Zuschlag für die einzelnen Maßnahmen erhalten werden.“ Schwarz bedankte sich bei den Linken, dass sie im Finanzausschuss zusammen mit der Koalition für beide Gesetzentwürfe gestimmt haben. Das zeige, dass „in wirklich entscheidenden Sachfragen“ eine „konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit“ möglich sei. Dass die Grünen sich enthalten haben, belege dagegen, „dass sie nicht bereit sind, die Landesregierung bei diesem wichtigen Zukunftsprojekt zu unterstützen“. Daran ändere auch der eingebrachte Änderungsantrag nichts: „Sie möchten über das Bundesprogramm hinausgehen, sozusagen ein Landesprogramm auflegen. Das können wir finanziell aber überhaupt nicht stemmen.“

Die Breitbandversorgung auszubauen, sei auch ganz im Sinne der Linken, sagte **Jeannine Rösler**. Sorge bereite ihrer Fraktion jedoch die vorgeschlagene Finanzierung für den kommunalen Eigenanteil. „Die Landesregierung wird ihn zunächst in weiten Teilen vorfinanzieren. Die Rückzahlung soll dann durch regelmäßige Entnahmen aus den Mitteln des kommunalen Aufbaufonds erfolgen.“ Wenn man bedenke, dass auch die Hochzeitsprämien für freiwillige Gemeindefusionen aus diesem Topf kämen, müsse man sich fragen, ob andere Kommunen dann nicht das Nachsehen hätten. „Auch für Gemeinden, die weder zu der einen noch zu der anderen Kategorie gehören, muss es möglich sein, Mittel aus dem kommunalen Aufbaufonds zu bekommen.“ Ihre Fraktion werde daher „ein waches Auge darauf haben, ob das Land hier aktiv werden muss“.

„Wir haben schon in der ersten Lesung klar zum Ausdruck gebracht, dass es für das Land sehr wichtig ist, dass Bund, Land und Kommunen gemeinsam vorangehen und den Breitbandausbau in den Bereichen unterstützen, wo die freie Wirtschaft versagt“, sagte **Egbert Liskow** für die CDU-Fraktion. Nachdem im ersten Aufruf bereits 250 Millionen Euro für M-V bewilligt und auch im zweiten schon 580 Millionen Euro beantragt worden seien, „war es sehr wichtig, dass wir die Finanzierung über den Landeshaushalt jetzt in einem Nachtrag gesichert haben“. Dass die Grünen Projekte, die nicht über Bund und Land finanziert werden können, gesondert über ein Landesprogramm finanzieren wollen, könne seine Fraktion „erst einmal“ nicht mittragen. Sollten sich tatsächlich „noch Lücken“ ergeben, spreche nichts dagegen, „zu einem späteren Zeitpunkt“ noch einmal zu schauen, „ob es notwendig ist, noch eine Finanzierung in die Hand zu nehmen“. Dem Änderungsantrag der Grünen zuzustimmen, käme einem „vorschnellen Handeln“ gleich.



M-V will Millionen für schnelles Internet investieren.

Foto: Jens Büttner

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD, hält den Breitbandausbau für „unabdingbar“ – aber nicht zu den vorgeschlagenen Konditionen. In unbegrenzter Höhe auf die Rücklagen zugreifen zu können, sei „mehr oder weniger ein Freibrief“ für die Regierung. „Das tragen wir nicht mit.“ Ebenso wenig, dass der Kommunale Aufbaufonds „mit einem raffinierten Trick“ umgewidmet werde. Das nehme Kommunen, die nicht in den Genuss der Mittel kämen, die Möglichkeit, individuell Geld aus dem Fonds zu erhalten. Für „absolut falsch“ halte er es zudem, jetzt so viel Geld in eine Kupferkabel-Technologie zu stecken. In Glasfaserkabel zu investieren, „wäre viel, viel besser“ und „zukunftsweisender“ gewesen. Aus diesen Gründen werde die NPD dem Vorhaben nicht zustimmen.

Johannes Saalfeld von den Grünen warf der Regierung vor, nur auf die Bundesförderung zu schießen und keinen Plan für die flächendeckende Digitalisierung des Landes zu haben. „Die viel größere Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ist der Ausbau des Glasfasernetzes.“ Der bleibe im Nachtragshaushalt aber genauso unberücksichtigt wie andere Förderprogramme. „Auch auf europäischer Ebene wabern da noch einige Milliarden Euro umher.“ Und was ist mit den Gemeinden, die bei der Bundesförderung leer ausgehen?, fragte Saalfeld. Deren Projekte einfach einzustampfen, könne nicht im Sinne „einer zukunftsgerichteten Ausbauinitiative“ sein. „Deswegen haben wir unsere Änderungsanträge vorgelegt. Wir wollen, dass die unterlegenen Projekte trotzdem finanziert werden.“ Und zwar mit den Landesmitteln, die „sowieso“ für die Kofinanzierung vorgesehen gewesen wären. Es sei an der Zeit, dass die Landesregierung endlich ihre „Hausaufgaben“ mache und, wie schon 2014 von seiner Fraktion gefordert, eine Gesamtstrategie für den Breitbandausbau erarbeite.

*Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/5505
Beschlussempfehlung und Bericht Finanzausschuss
Drucksache 6/5848*

*Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 6/5506
Beschlussempfehlung und Bericht Finanzausschuss
Drucksache 6/5849*

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/5850*

Breitbandausbau

Bis 2018 soll es in ganz Deutschland schnelles Internet mit mindestens 50 Mbit/s geben. Um den Breitbandausbau in unterversorgten Gebieten zu unterstützen, in denen in den kommenden drei Jahren kein privatwirtschaftlicher Netzausbau zu erwarten ist, hat der Bund ein Förderprogramm über 2,7 Mrd. Euro aufgelegt. Das Land will die Kommunen bei den vom Bund bewilligten Vorhaben massiv unterstützen und die Bundesförderung aus dem Landeshaushalt so weit aufstocken, dass die Kommunen lediglich den vom Bund geforderten Eigenanteil von mindestens zehn Prozent der Investitionssumme aufbringen müssen.

Foto: Jens Büttner



Arbeit soll Spaß machen, gut entlohnt werden und mit Familie und Freizeit vereinbar sein.

Gute Arbeit braucht das Land

Linke fühlen Arbeitsmarktpolitik
der Koalition auf den Zahn

Die letzte Sitzungswoche vor der Landtagswahl nutzten die Fraktionen noch einmal, um Themen, die ihnen wichtig sind, auf die Agenda zu setzen – und im Falle der Opposition mit der Arbeit der Regierung abzurechnen. DIE LINKE wählte dafür eine Aussprache zum Thema „Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land guter Arbeit werden“.

„Manch einer in den Koalitionsfraktionen mag sich fragen, warum wir von etwas Wünschenswertem sprechen, wo doch die Landesregierung tagein, tagaus erklärt, wie gut man in den vergangenen Jahren vorangekommen sei“, sagte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Für seine Fraktion falle die Bilanz jedoch weit weniger euphorisch aus: Die Zahl der Arbeitslosen sei auch mit einer Quote von 9,2 Prozent „immer noch viel zu hoch“, die durchschnittlichen Bruttolöhne bundesweit mit am niedrigsten. Immer weniger Beschäftigte würden nach Tarif bezahlt; die Zahl derer, die zusätzlich zu ihrem Haupterwerb einen Minijob ausüben, steige dagegen kontinuierlich. „Ich nenne dies eine besorgniserregende Entwicklung.“ Gute Arbeit definiere sich allerdings nicht allein über „eine faire Entlohnung“. Gute Arbeit schließe auch gesundheitsverträgliches und altersgerechtes Arbeiten, Arbeitsschutz, Entwicklungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein. Und hier bleibe noch viel zu tun.

„Sie haben wieder einmal ein Bild des Landes in Ihrer Lieblingsfarbe gezeichnet: schwarz in schwarz“, entgegnete Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Dieser düstere Blick auf



Foto: Jens Böttner

„Ihr Lieblingsthema“ schaue jedoch an der Realität vorbei. „Lassen Sie uns doch einen Faktencheck machen“: 180.000 Menschen ohne Job, 80.000 Langzeitarbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 20,3 Prozent – das seien die Zahlen aus dem Jahr 2005, als die Linken den Arbeitsminister stellten. Unter der jetzigen Koalition habe sich die Zahl der Arbeitslosen „mehr als halbiert“. „Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist auf 30.000 gesunken, die Arbeitslosenquote liegt bei 9,2 Prozent.“ Die Wirtschaft habe sich gut entwickelt, das Durchschnittseinkommen „ist deutlich gewachsen“. „Natürlich ist klar, dass wir trotz dieser positiven Entwicklungen weiter Gas geben müssen“, so Sellering. Hier sehe er vor allem die Arbeitgeber in der Pflicht: „Wir brauchen mehr Tarifbindung.“ Anreize dafür habe die Wirtschaftsförderung mit einem Extra-Bonus bereits geschaffen. „Außerdem ist es wichtig, dass wir endlich den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden.“

Torsten Renz (CDU) warf den Linken vor, nur auf die Arbeitnehmer „fixiert“ zu sein. „Bei Ihnen bedeutet gute Arbeit immer nur gute Löhne. Das wird der Situation der sozialen Marktwirtschaft in diesem Lande nicht gerecht.“ „Einen der erfolgreichsten Politikbereiche von SPD und CDU“ herauszupicken und schlechtzureden, „ist ein Treppenwitz“, wenn man sich die Bilanz anschau, die die Linken aus ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2006 bei dem Thema vorzuweisen hätten. „Damals haben wir einen Scherbenhaufen übernommen.“ Und heute? „Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Gesundheitswirtschaft, Tourismus – überall sind wir auf einem mehr als guten Wege. Auch im Bereich der Werften ist wieder Licht zu erkennen.“ Leitlinie für seine Fraktion sei „immer ein Paket aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit“. Das Leitbild der Linken sehe hingegen „Reglementierung, Neiddebatten und Gängelung der Arbeitgeber“ vor. Auch Ministerpräsident Sellering verhalte sich ambivalent: „Auf der einen Seite sagen Sie, die Wirtschaft braucht Unterstützung, auf der anderen führen Sie zehn Minuten lang aus, was noch reglementiert werden soll.“ Für ihn stehe daher fest: „Die einzige Fraktion, die wirklich für ein Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht, ist die CDU in diesem Landtag.“

„Das war ja ein toller Debattenbeitrag, Herr Renz“, entgegnete **Silke Gajek** von den Grünen. „Wenn man sich für gute Arbeit einsetzt, sollte es gerade nicht nur darum gehen, die Wirtschaft ins Auge zu nehmen. Einer der größten Arbeitgeber ist der soziale Arbeitsmarkt. Der kommt mir bislang viel zu kurz.“ Aufzuzählen, wer, wann, was als Minister gemacht oder nicht gemacht habe, helfe nicht weiter. Auch ihre Fraktion mache gute Arbeit nicht allein am Geld fest. „Gute Arbeit ist für alle erst möglich, wenn die Infrastruktur funktioniert, wenn Kita und Schule vor Ort sind“ und wenn Arbeitsplätze nicht ständig befristet würden. „Wir haben dazu konkrete Vorschläge gemacht.“ Die seien immer wieder abgelehnt worden mit der Begründung „machen wir schon, haben wir schon, brauchen wir nicht“. Sie fordere ein wirtschaftliches Denken, dass nicht nur große Konzerne in den Blick nehme. „Ich glaube, dass dieses Land auch eine kleinteilige Wirtschaft sehr gut braucht. Hier müssen wir eine Diskussion in Gang setzen und Förderprogramme darauf ausrichten.“

„Mecklenburg-Vorpommern, so der Wunsch der Linken, soll also ein Land guter Arbeit werden. Wie das geht, haben die Linken ja bereits bewiesen, als sie vor zehn Jahren noch mit in der Regierung saßen“, kommentierte **Stefan Köster** (NPD). „In diesen acht Jahren Mitregierungszeit schrieben die Arbeitsämter im Land Rekordzahlen – und zwar im negativen Sinne.“ Seitdem habe sich vieles verändert, aber „nicht unbedingt zum Guten“. „Die Schere zwischen Arm und Reich klappt längst so weit auseinander, dass sie kaum noch zu schließen ist. Das sind die Realitäten, Herr Renz.“ Auf der einen Seite würden die Menschen im Land immer älter, auf der anderen Seite fehlten die Pflegekräfte. Und warum? Weil der Durchschnittsverdienst einer ausgebildeten Krankenpflegefachkraft hierzulande nur rund 2.000 Euro brutto betrage. „Wer, bitteschön, kann damit eine Familie ernähren?“ Solange die Landesregierung weiter der Wirtschaft hörig sei, „wird dieses Land kein Land der guten Arbeit sein“.

„Was mich ärgert, Herr Abgeordneter Foerster: Egal, was man tut, egal, was man für Erfolge hat – Sie machen alles nieder“, sagte **Thomas Schwarz** (SPD). Das könne so nicht stehen bleiben. Beispielhaft verwies er auf den dreiprozentigen Lohnzuwachs für Maler und Lackierer. „Sie haben jetzt einen Stundenlohn von 15 Euro. Also ich glaube, es ist nicht alles schlecht in diesem Land.“ Oberstes Ziel bleibe, die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit weiter abzubauen. „Es wird Sie sicher freuen, zu hören, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales dabei ist, den Passiv-Aktiv-Transfer im größeren Umfang vorzubereiten.“ Sobald der Bund das Geld gebe, werde das Land „diese Möglichkeit auch nutzen“, um Arbeitslosen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Die Menschen im Land könnten sich sicher sein, „dass gute Arbeit für die SPD auch in der kommenden Legislaturperiode höchste Priorität besitzen wird“. Oder wie Franz Müntefering einmal gesagt habe: „Billig können andere besser.“

Älter werden in M-V

Enquete-Kommission beendet ihre Arbeit

Wie kann Mecklenburg-Vorpommern seiner immer älter werdenden Bevölkerung Rechnung tragen? In einem Bundesland, das in vielen Flächen dünn besiedelt ist? Mit dieser Frage setzte sich die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ vier Jahre lang auseinander. Sie widmete sich dabei vor allem den Schwerpunkten Wohnen, Mobilität, Pflege und Gesundheit, Arbeit und Bildung und Infrastruktur. Ihr Auftrag: Maßnahmen zu entwickeln, die helfen können, die Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen zu sichern. Nach Ansicht der Kommission gehören dazu unter anderem alternative Verkehrs- und Versorgungskonzepte und verbesserte Beratungsmöglichkeiten. Zum Ende der Legislaturperiode beendete die Kommission nun ihre Arbeit. SPD und CDU im Landtag lobten die konstruktive Zusammenarbeit. Auch Linke und Grüne zeigten sich – bis auf wenige Abstriche – mit dem Abschlussbericht zufrieden.

Bei der Frage nach der Umsetzung hatte sich die Kommission darauf verständigt, „Expertengutachten zu vergeben“ und ausgehend davon, „die Dinge weiter zu beraten“, fasste deren Vorsitzender **Jörg Heydorn** das Herangehen zusammen. In der Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen hätten sich immer wieder zwei Punkte herauskristallisiert: die Notwendigkeit guter Beratungsangebote und „Kümmerer-Strukturen“. Sie seien das A und O, damit Gemeinschaft auch in ländlichen Regionen funktioniere. Er lobte, dass sich die demokratischen Fraktionen in dem langen Arbeitsprozess „nicht gegeneinander gestellt“, sondern „konsensorientiert“ zusammengearbeitet hätten, um „gemeinsame Lösungen zu finden“. Im Ergebnis seien „sehr qualifizierte Empfehlungen“ erarbeitet worden. Empfehlungen, die auch bereits genutzt würden: zum Beispiel von Parteien, „um sich politisch aufzustellen“, und in der Arbeit externer Organisationen.

„Ein solches Papier auf dem Tisch zu haben, ist ein Erfolg dieses Parlaments und der beteiligten externen Mitglieder und Gutachter“, fand auch **Maika Friemann-Jennert** (CDU). Selbstverständlich sei das nicht, schließlich habe es zum Teil sehr unterschiedliche politische Auffassungen gegeben. „Denken Sie nur an die Debatte zur Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft.“ Umso erfreulicher sei, „dass es uns gelungen ist, derart viele fraktionsübergreifende Auffassungen herauszuarbeiten“, mit denen sich die Zukunft des Landes „gestalten, statt nur verwalten“ lasse. Einiges sei sogar schon in konkrete Handlungen gemündet, sagte sie unter Verweis auf das Lift- und Aufzugsprogramm des Landes und die Novelle der Landesbauordnung. Damit auch andere „kurzfristig oder perspektivisch machbare“ Empfehlungen „nicht in der Schublade verschwinden“, warb sie für eine „interministerielle Arbeitsgruppe“, die die Anregungen „auch im Lichte neuer Entwicklungen bewertet“.

Foto: Landesjugendring M-V



Generationen-Dialog 2015: Trotz des Altersunterschieds verstehen sich Brigitte Paetow und Ingolf Holst bestens.

„Die Kommission hat sich mit einer Vielzahl von Themen auseinandergesetzt, die für das Leben der Menschen in unserem Land heute und morgen von großer Bedeutung sind“, sagte **Dr. Hikmat Al-Sabty** (DIE LINKE). „Das verbindende Element“ aller Diskussionen sei gewesen, den demografischen Wandel und seine Herausforderungen „als Chance zu betrachten“. Er sei sehr froh darüber, dass viele linke Positionen den Weg in das Papier gefunden haben, darunter die Einführung von Regionalbudgets, die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und die Rekommunalisierung von Krankenhäusern. Nun komme es darauf an, diese Empfehlungen auch zu prüfen bzw. umzusetzen. Gewünscht hätte er sich, dass der Bereich Kultur in den Handlungsempfehlungen stärker berücksichtigt wird. Deshalb habe seine Fraktion zusammen mit den Grünen ein Sondervotum erarbeitet. Dessen Kern: Kunst und Kultur gesetzlich zu schützen und auch solche „nicht-pflichtige“ Aufgaben für Kommunen „erfüllbar“ zu machen.

Nach Auffassung von **Julian Barlen** (SPD) kam die Enquete-Kommission „genau zum richtigen Zeitpunkt“. Die Themen Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Pflege, Ehrenamt und Teilhabe hätten den „Nagel auf den Kopf getroffen“. Sie würden in den Kommunen wie auch auf Landesebene „hoch und runter diskutiert“. „Wir haben mit unseren Arbeitsgruppen überall im Land offene Türen angetroffen.“ Da sich der demografische Wandel landesweit höchst unterschiedlich darstelle, verstehe seine Fraktion den Abschlussbericht weder als „pauschale Lösung“ noch als „endgültige Antwort auf alle Fragen“, sondern als „sehr großen Werkzeugkoffer“. „Wir wünschen uns, dass nun möglichst viele Menschen im Land, in den Landkreisen, Gemeinden und kreisfreien Städten genau die Werkzeuge entnehmen, die auf die Probleme vor Ort zugeschnitten sind.“ Seine Fraktion stehe bereit, gemeinsam weiter daran zu arbeiten, „das gute Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern Wirklichkeit werden zu lassen“.

Für **Silke Gajek** (B' 90/DIE GRÜNEN) können sich ebenfalls die meisten Ergebnisse „sehen lassen“. „Die allseitigen Bemühungen um gute Kompromisse waren immer greifbar.“ Das

machte die Ergebnisse aber nicht frei von Kritik. Besonders enttäuscht habe sie das zwischenzeitliche Handeln der Landesregierung, das mit der Teilschließung der Südbahn und der Aufgabe von Abteilungen im Kreiskrankenhaus Wolgast dem Konsens „in wirklich krasser Weise“ widerspreche. Vor allem aber protestiere ihre Fraktion dagegen, älteren Menschen eine Umzugsprämie anzubieten, wenn diese in ihrem Ort nicht seniorengerecht leben können. Damit würde sich der Staat von seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge im Rahmen des Sozialstaatsprinzips freikaufen. „Das ist für uns inakzeptabel.“ Für Unverständnis Sorge bei den Grünen außerdem, dass junge Leute in der Betrachtung außen vor geblieben seien. Wer Generationengerechtigkeit verwirklichen wolle, müsse auch alle Generationen berücksichtigen.

Das sah **Martina Tegtmeier** von der SPD anders. „Wenn man sich die Empfehlungen der Enquete-Kommission anschaut, so nützen sie jedem: der Mutter mit dem Kinderwagen genauso wie dem Rentner mit Rollator wie auch Leuten, die ohne Auto auf dem Land leben.“ Nach ihrem Dafürhalten seien die Ausgaben für die Kommission „absolut gerechtfertigt“ und alles andere als „Verschwendung“ gewesen. „Verschwendet waren nur die Gelder, die der NPD zugeflossen sind.“ Diese habe einmal mehr durch fehlende Mitarbeit „geglänzt“ und am Ende „als einzige Fraktion“ gegen den Abschlussbericht gestimmt.

Eine Kritik, die **Stefan Köster** (NPD) nicht unwidersprochen ließ. „Frau Tegtmeier, tun Sie doch nicht so, als ob Sie, wenn von der NPD ein Vorschlag gekommen wäre, sachlich darüber diskutiert hätten.“ Seine Fraktion habe den Arbeitsauftrag der Kommission von Anfang an für „unzureichend“ gehalten. „Eltern werden, statt älter werden – so hätte aus Sicht unserer Fraktion der Auftrag lauten müssen.“ Denn: „Eigene Kinder sind der einzige Lösungsweg, um einerseits der Überalterung entgegenzuwirken und andererseits eine Infrastruktur sicherzustellen, die allen Generationen ein Leben in Würde bietet.“ Auf solch eine Verknüpfung habe sich „die Mehrheit der Kommission“ jedoch „grob fahrlässig“ nicht einlassen wollen. Die ausgearbeiteten Empfehlungen bezeichnete er als „reines Wunschdenken“, das „mit den realen Problemen vieler Senioren“ wenig gemein habe.

Abschlussbericht Enquete-Kommission Drucksache 6/5610

**Abschlussbericht der
Enquete-Kommission
„Älter werden in
Mecklenburg-Vorpommern“**
in der 6. Wahlperiode 2011 - 2016

Mecklenburg
Vorpommern
Landtag

Den Bericht der Enquete-Kommission kann man sich auf der Internet-Seite des Landtages herunterladen oder kostenlos bestellen unter Tel. 0385/525-1400.

Werften-Pleite: Wer hat Schuld?

Fraktionen ziehen kontroverse Schlüsse aus dem Untersuchungsbericht

Was hat die Insolvenz der P+S Werften Stralsund und Wolgast im Jahre 2012 verursacht? Wer ist dafür verantwortlich? Wäre die Millionen-Pleite vermeidbar gewesen? Antworten darauf suchte ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, den Linke und Grüne seinerzeit gegen den Willen von SPD und CDU durchdrückten. Vier Jahre lang wälzte er unzählige Akten, befragte zig Zeugen. Nun liegt sein gut 600-seitiger Sachstandsbericht vor, den der Landtag kontrovers debattierte. Insbesondere in Bezug auf die Verantwortung der Landesregierung bewerten Koalition und Opposition die Ergebnisse völlig unterschiedlich: SPD und CDU sehen die Verantwortung bei den Werften. Für die Opposition trägt indes auch die Landesregierung eine Mitschuld.

Der Untersuchungsausschuss habe in den vergangenen 82 Sitzungen fast 200 Stunden getagt, davon 150 Stunden lang mehr als 50 Zeugen vernommen und fast 240 Aktenordner mit Unterlagen der Landesregierung ausgewertet, fasste **Jochen Schulte** als Vorsitzender die Arbeit des Ausschusses zusammen. „Dabei legt der Ausschuss auch heute nur einen Sachstandsbericht vor.“ Gründe seien ein Dissens darüber, „ob der Untersuchungsauftrag wirklich vollständig abgearbeitet wurde“, und der Verzicht von SPD und CDU, die Vorlage eines Abschlussberichts gegen den Willen der demokratischen Oppositionsfraktionen zu beschließen. „Die Bewertung im Sachstandsbericht haben die Fraktionen von CDU und SPD erarbeitet.“ Die daraus abgeleiteten Empfehlungen hätten SPD, CDU und Linke gemeinsam entwickelt. Darüber hinaus enthalte der Bericht Sondervoten von Linken und Grünen. „Vielleicht wundern Sie sich, dass ich die Formalien so in den Vordergrund stelle“, erklärte Schulte. Die



Foto: Jens Büttner

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages wurde von Jochen Schulte (SPD) geleitet.



Am 29. August 2012 stellte die P+S Werften GmbH mit den Standorten Peene-Werft Wolgast und Volkswerft Stralsund den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.

Foto: Jens Büttner

Inhalte des Berichts seien jedoch „politisch umstritten“. „Ich möchte daher bewusst die Darstellungen im Einzelnen den jeweiligen Fraktionen überlassen.“

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** verteidigte das Vorgehen der Landesregierung. „Sie hat ihre Finanzierungsentscheidung auf Basis der Einschätzung renommierter Gutachter und Experten getroffen und sorgfältig abgewogen.“ Zu dem „auskömmlichen, aber engen Finanzierungsrahmen“ und den „hohen Finanzierungskosten“ habe es „keine Alternative“ gegeben, weil andere Banken als die Nord LB und die KfW IPEX nicht zur Verfügung gestanden hätten. Die seien es letztlich auch gewesen, die das Sanierungsgutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KMPG „als tragfähige Grundlage für eine positive Sanierungsentscheidung“ angenommen hätten. Auch wenn der Regierung „kein Fehlverhalten vorzuwerfen ist“, ließen sich aus der Insolvenz „selbstverständlich Lehren ziehen“. „Um Abhängigkeiten zu vermeiden“ und bessere Kontrollmöglichkeiten zu schaffen, habe sein Ministerium die Stellschrauben in der Zusammenarbeit mit Gutachtern verändert. Außerdem setze das Werftenfinanzierungsgesetz der Regierung bei Bürgschaften im Schiffbau künftig „klare Vorgaben und Grenzen“. Grundsätzlich aber bleibe er dabei: „Die Vorgehensweise der Landesregierung ist richtig gewesen. Sie hat letztlich zum Erhalt von Arbeitsplätzen in einer zumindest mittelfristig wieder aussichtsreichen Schiffbaubranche geführt.“

Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender der Linken, sieht das anders: „Die Landesregierung hat auf ganzer Linie versagt.“

Sie hat Fehleinschätzungen getroffen, leichtfertig und blind externen Gutachtern vertraut. Eigene Expertisen gab es nicht, und das Controlling war eine Katastrophe.“ Seiner Fraktion seien schon „beim ersten Lesen“ des Sanierungsgutachtens „Ungereimtheiten aufgefallen“, und zwar solche, die selbst Laien hätten erkennen können. „Aber vonseiten der Landesregierung ist da nichts gekommen.“ Nach Meinung Holters aus gutem Grund: „Sie wollten die Werften gar nicht retten, Sie wollten sie loswerden!“ Dafür spreche auch, dass das Land die Rettungsbeihilfen nur in Tranchen ausgezahlt habe. Das habe nicht zur Vertrauensbildung gegenüber den Zulieferfirmen beigetragen. „Meine Fraktion ist überzeugt, dass eine Sanierung, beginnend 2009/2010, möglich gewesen wäre – allerdings unter ganz anderen Voraussetzungen.“ Unterm Strich lasse sich festhalten: „Die Landesregierung hat nicht alles rechtlich Mögliche und wirtschaftlich Sinnvolle getan, um die Werften zu retten.“

„Hauptgrund für die Werften-Insolvenz waren das eklatante betriebswirtschaftliche Missmanagement und das intransparente Geschäftsgebaren der ehemaligen P+S-Geschäftsführung unter der Leitung des damaligen Hauptgeschäftsführers Dr. Brammertz“, widersprach **Stefanie Drese** (SPD). „Hinzu kamen fehlerhafte Gutachten von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ und schlecht ausgehandelte Schiffbauverträge. Die Landesregierung sei hingegen unter „schwierigen Voraussetzungen“ durch die weltweite Werftenkrise „einen vernünftigen Mittelweg gegangen“, habe „Chancen und Risiken gründlich abgewogen“ und „die Sanierung verantwortungsvoll begleitet“. „Die Werft-

arbeitsplätze in Wolgast und Stralsund inklusive der Zulieferindustrie sind das Risiko wert gewesen“, verteidigte Drese die Landesbürgschaften. Die Insolvenz habe letztlich zwar nicht verhindert werden können. „Dafür konnte aber der Fortbestand der Werftindustrie in unserem Land gesichert werden.“ Mit den Investoren Lürssen in Wolgast und Genting in Stralsund könnten beiden Werften nun „einer positiven Zukunft entgegensehen“.

Den Eindruck zu erwecken, das Handeln der Landesregierung komme „einer Erfolgsgeschichte“ gleich, „ist weltfremd“, empörte sich **Johannes Saalfeld** von den Grünen. Auch für ihn trägt die Landesregierung „auf jeden Fall eine Mitschuld“ an dem „wohl größten wirtschaftlichen Desaster seit Zerschlagung des DDR-Schiffbaukombinats“. Anstatt das Ruder herumzureißen, habe sich die Regierung auf Banken und Berater verlassen. Ergebnis: „1.800 Arbeitsplätze wurden vernichtet.“ Eine Milliarde Euro an Fördermitteln „mussten für fünf Millionen Euro aus der Konkursmasse verkauft werden“. Und dem Land gingen 271 Millionen Euro an Bürgschaften verloren. Damit hätte man, so Saalfeld, „30 Jahre lang die Finanzierung kleiner Krankenhäuser sichern oder 80 Jahre lang die Theater ausfinanzieren können“. Den Untersuchungsausschuss einzusetzen, sei „sehr gut gewesen“, resümierte er. „Wir haben aufgedeckt, dass die Werften wie eine Weihnachtsgans ausgenommen wurden“, „die Landesregierung früh über Fehler im Sanierungsgutachten Bescheid wusste“ und zehn Tage vor der Wahl 2011 „offensichtliche Probleme“ mit einer Zahlung von 17 Millionen Euro „unter den Teppich gekehrt“ habe.

Wolfgang Waldmüller von der CDU nannte die Vorwürfe von Helmut Holter eine „Unverschämtheit“. Den Grünen warf er vor, in einer „Parallelwelt“ zu leben. „Die Landesregierung trifft keinerlei Mitverantwortung am Scheitern der Sanierung. Sie hat zu jedem Zeitpunkt im Rahmen des rechtlich Möglichen und wirtschaftlich Vertretbaren eine besonnene Entscheidung über finanzielle Hilfen getroffen!“ Die Fehler seien vielmehr im operativen Geschäft und damit bei der damaligen Geschäftsführung der P+S Werften zu suchen. Die seien für die Landesregierung nicht vorhersehbar gewesen. „Dass die Oppositionsfractionen zu einer anderen Einschätzung kommen, liegt in der Natur der Sache.“ Ihnen gehe es allein darum, „die Landesregierung zu beschädigen“. „Im Übrigen ist es hinterher immer leicht zu behaupten, dies oder jenes wäre besser gewesen. Zu einer seriösen Aufklärungsarbeit gehört dann aber auch, zu begründen, warum.“ Das hätten Linke und Grüne in ihren Sondervoten jedoch nicht getan. Schuldig seien die Fraktionen darin auch „konkrete Beweise“ für ihre viel beschworenen „Verschwörungstheorien“ geblieben. „Solche Beweise gibt es auch nicht, weil es kein Fehlverhalten der Landesregierung gab.“

Für seine Fraktion stelle sich nach Auswertung der Unterlagen die Frage, inwieweit das Handeln der Landesregierung eine Insolvenzverschleppung begünstigt habe, sagte **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD. „Wie wir wissen, hat der Insolvenzverwalter die KPMG ja auch mittlerweile auf

mehr als eine halbe Milliarde Euro Schadenersatz verklagt, weil er zu dem Ergebnis gekommen ist, dass bereits Ende 2009 eine Überschuldung des Unternehmens in Höhe von zirka 20 Millionen Euro vorlag.“ Eine Summe, die bis zum Insolvenzantrag im August 2012 auf 534 Millionen Euro angewachsen sei und für Zulieferer zu einem Forderungsausfall von 1,22 Milliarden Euro geführt habe. „Besonders tragisch“ sei dabei „der Verlust kleiner und mittelständischer Betriebe, die mit in den Strudel der Werfteninsolvenz geraten sind“. Nicht zu vergessen die Werftmitarbeiter: „Sie verloren 3,8 Mio. Euro ihres angesparten Altersteilzeitkapitals durch die Pleite.“ Doch zu diesem „für den Einzelnen nicht wieder gutzumachenden Ausfall“ habe sich die Landesregierung „weder geäußert noch Hilfe angeboten“.

Die Sanierung habe von Anfang an unter schlechten Vorzeichen gestanden, betonte **Jeannine Rösler** von den Linken. „Das Finanzkorsett für die Werften war viel zu eng gestrickt.“ Darüber hinaus hätten die Kosten für Treuhänder, Zinsen, Gebühren und Berater „den Werften die Haare vom Kopf gefressen“. „In den Jahren 2010 und 2011 mussten die P+S Werften 16,4 Millionen Euro für Gutachter und Berater bezahlen. Für Zinsen und Bürgschaften fielen in den beiden Jahren etwa 51,4 Millionen Euro an. Knapp 68 Millionen Euro, die die Werften in zwei Jahren erst mal erwirtschaften müssen.“ Doch anstatt „mutig“ zu sein und mit einer „befristeten Landesbeteiligung“ dem Schiffbaumarkt „ein positives Signal zu senden“, habe die Landesregierung eine „Augen-zu-und-durch-Mentalität“ betrieben.

Dass das Land hätte einsteigen sollen, werde immer wieder angeführt, sagte **Jochen Schulte** (SPD). Wer dieses „parteiliche Postulat wieder und wieder aus der Mottenkiste“ hole, sollte auch bedenken, welche Konsequenzen das gehabt hätte. „Dann wären auf einmal die Werften ein Staatsunternehmen gewesen.“ Und Staatsunternehmen Beihilfen zu gewähren, sei „fast unmöglich“. Der Kredit und das Bürgschaftsengagement von Bund und Land seien 2009/2010 alternativlos gewesen. „Ohne den Überbrückungskredit Ende 2009 wären die Werften in Stralsund und Wolgast bereits damals in die Insolvenz gegangen“ und gäbe es heute dort „Industrie-Ruinen statt regional-industrieller Kerne“. „Und das, Frau Rösler, dürfen Sie dann auch mal den Menschen in Ihrem Wahlkreis sagen.“

Am Ende der Debatte wurde der Sachstandsbericht mit den Stimmen von SPD und CDU für erledigt erklärt.

Sachstandsbericht und Beschlussempfehlung

Drucksache 6/5608(neu)

Antrag DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/1123



Zurzeit können Schlossbesucher über 30 historische Wohn- und Festräume besichtigen, darunter die Ahnengalerie.

Foto: Achim Bötefür, LKD M-V

Erlebnisraum Schloss

Landtag unterstützt neue Pläne
fürs Schweriner Schlossmuseum

Schwerin bewirbt sich mit seinem Residenzensemble darum, UNESCO-Welterbe zu werden. Das geht auch am Schlossmuseum nicht spurlos vorbei. Die Landesregierung hat angekündigt, aus dem Museum einen Erlebnisort zu machen. Unterstützung erhalten die Pläne nun auch vom Landtag. Er schrieb der Landesregierung ins Hausaufgabenheft, die neue Ausstellung eng mit dem Welterbe-Antrag zu verknüpfen und ein Angebot zu schaffen, das in- und ausländische Besucher aller Altersgruppen anspricht.

Die „Ist-Analyse“ zeige, dass die historischen Räume in die Jahre gekommen seien. „Mit einer Neukonzeption eröffnet sich die Möglichkeit, die Welterbe-Bewerbung gut zu unterstützen und die Ausstellung einem internationalen Standard anzugleichen“, begründete Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** (SPD) den Antrag der SPD/CDU-Koalition. Dabei müsse es um mehr gehen, als „irgendwelche Vitrinen mit irgendwelchen Gegenständen“ hinzustellen. „Da müssen neue, moderne Konzepte her.“ Eine besondere Heraus-

forderung sei dabei, den Verlust an historischer Ausstattung zu kompensieren. „Wir haben kaum Inventar, Möbel und Gegenstände, die in der Zeit im Schloss standen, als es von den Herzögen genutzt wurde.“ Um dem Potenzial der Räume wieder „zur vollen Blüte“ zu verhelfen und „die wachsende internationale Aufmerksamkeit“ für Schwerin „weiter zu befeuern“, brauche es einen Blick „über den Tellerrand“ – und „externe Fachleute“. Ziel müsse sein, sich in der Ausstellung mit allen Sinnen mit der Geschichte und Gegenwart auseinanderzusetzen zu können.

„Dass Sie den Weg der Landeshauptstadt zum Titel Weltkulturerbe mit Hilfe eines Erlebnisraums verkürzen wollen und dabei besonders die kulturelle Bildung im Blick haben, halten wir für absolut richtig und wichtig“, erwiderte **Torsten Koplín** von den Linken. „Dieser Antrag darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auf dem Gebiet der Kultur, insbesondere der Museumspädagogik, viele Baustellen im Land haben.“ Nur über Schwerin zu reden, greife daher zu kurz. Es komme darauf an, die Museen insgesamt weiterzuentwickeln. Und da schaue er „mit Sorge“ auf einige Standorte im Land. „Wir haben gerade im Bildungsausschuss erfahren, dass es drei renommierte Museen im Land gibt, deren Existenz akut gefährdet ist“: die Mönchguter Museen, das Handwerkermuseum in Gingst und das Schliemann-Museum in Ankershagen. „Das sind Themen, die haben mit diesem Antrag auch etwas zu tun.“ Nichtsdestotrotz unterstütze seine Fraktion den Antrag – der aber nicht vergessen dürfe, dass die Umgestaltung auch eine Menge Geld kosten werde.

„Ich finde es gut, dass ihr den Antrag unterstützt“, sagte **Marc Reinhardt** (CDU) in Richtung der Linken. Gehe es doch um nichts Geringeres, als die Bewerbung um das UNESCO-Welterbe. Er betonte, dass die CDU diesen Prozess aktiv begleite und sich seit vielen Jahren dafür einsetze, das historische Erbe Mecklenburg-Vorpommerns auch zukünftigen Generationen zu erhalten. „Auch wir sehen es daher für die nächste Legislaturperiode von großer Bedeutung, dass gerade für den Unterhalt denkmalgeschützter und ortsprägender Gebäude deutlich mehr getan wird.“ Dazu brauche es vor allem ein eigenständiges Landesdenkmalschutzprogramm. „Hier sind am Ende alle gefordert: die Kommunen, das Land, aber auch der Bund, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen, damit diese Bewerbung Erfolg hat und wir den UNESCO-Welterbetitel hier für dieses Ensemble bekommen.“

Ulrike Berger (B' 90/DIE GRÜNEN) bemängelte, dass der Antrag an vielen Stellen viel zu vage bleibe. Soll für das neue Konzept jemand eingestellt werden? Soll das ein ehrenamtlicher Beirat übernehmen? Und soll für die Konzeptänderung Geld in die Hand genommen werden? „Wenn ja, gehört das an dieser Stelle auch angekündigt.“ Stattdessen strotze der Antrag vor „Lobeshymnen und Selbstbeweihräucherung“. Das erwecke den Eindruck, als hätte es erst den Entschluss von Landesregierung, Stadt und Land gegeben – und danach das Engagement des Vereins „Pro Schwerin“. „Das stellt die tatsächliche Reihenfolge doch deutlich auf den Kopf.“ Für die Grünen sei der Antrag daher weniger ein „konkreter Handlungsauftrag“, als vielmehr ein „neuerliches Grundsatzbekenntnis für die Bewerbung“. Und das trage ihre Fraktion mit. „Wir verbinden diese Unterstützung aber ausdrücklich mit dem Appell, beim Engagement für Schlösser und Gutshäuser in unserem Land häufiger über den mecklenburgisch-schweriner Tellerrand hinauszuschauen.“

„Frau Berger, es kostet alles Geld. Auch das Weltkulturerbe wird Geld kosten“, führte **Ingulf Donig** (SPD) ins Feld. Dass der Antrag keine Summen enthalte, mache deutlich, „dass wir noch Jahre brauchen, um das alles zu richten“. Die Initiative des Finanzministeriums, die historischen Räume des Schlosses zu sanieren, sei jedenfalls „sehr zu begrüßen“. Das biete die Chance, die Inhalte der Ausstellung neu festzulegen. Die ehemalige Residenz der mecklenburgischen Herzöge sei zwar schon jetzt keine Unbekannte, immerhin kämen jährlich rund 200.000 Besucher, und im Internet werde sie unter der Rubrik „schönste Reiseziele“ auch immer empfohlen. Mit dem Prädikat Welterbe würde sich jedoch noch eine viel höhere internationale Aufmerksamkeit verbinden. „Damit das Schloss als Erlebnisraum auch ein internationales Publikum begeistert, ist die Einbindung von versierten Experten sehr wichtig. Ich bitte daher um Zustimmung zu dem Antrag.“

Die NPD beteiligte sich nicht an der Debatte und stimmte als einzige Fraktion gegen den Antrag.

Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/5525

Maghreb-Staaten: Sicher oder nicht?

Landtag stritt in Aussprache über das Für und Wider

Sind Marokko, Tunesien und Algerien Länder, in denen Menschen sicher leben können? Darüber gehen auch im Landesparlament die Meinungen weit auseinander. SPD und CDU warben in einer von den Christdemokraten initiierten Aussprache dafür, die Maghreb-Staaten im Sinne einer „verantwortungsbewussten Flüchtlingspolitik“ als sichere Herkunftsländer einzustufen. Grüne und Linke betonten einmal mehr ihre Zweifel an der Einhaltung von Menschenrechten. Nach dem Willen des Bundestages sollen die Maghreb-Staaten künftig als sichere Herkunftsländer gelten. Dem muss allerdings auch der Bundesrat noch zustimmen, was wegen der ablehnenden Haltung von Linken und Grünen ungewiss ist.

„Meine Fraktion hat sich um die Aufsetzung des Punktes auf die Tagesordnung bemüht, weil wir ein großes Interesse an einer erneuten Diskussion dieses Themas haben“, erklärte **Michael Silkeit** (CDU). „Wir wenden jährlich mehrstellige Millionenbeträge für Personal, Unterkunft, Verpflegung, medizinische Betreuung der Asylsuchenden und für die Rechtsmittel auf – und das alles bei einer Ablehnungsquote von 99,3 Prozent.“ Das koste unnötig Geld und Personal und gehe zulasten derer, die tatsächlich bedürftig seien. Er bedauere sehr, „dass die Argumentation, die Grüne und Linke bisher wie eine Monstranz vor sich hertragen, auch zu einer bewussten Irreführung der Bevölkerung führt“. Niemand beabsichtige, in Not geratenen Menschen Hilfe zu verweigern. Eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat führe auch nicht zu „Abschiebungen ohne Rücksicht auf Verluste“. Auch unter diesem Status werde jeder Einzelfall geprüft. Natürlich könne man die Lebensverhältnisse in den Maghreb-Staaten nicht mit denen in Deutschland vergleichen. „Aber diese Diskrepanz lässt sich nun mal nicht über das deutsche Asylrecht lösen.“

„Dass es sich bei Algerien, Marokko und Tunesien keineswegs um asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten handelt, können Sie dem Gesetzentwurf der Bundesregierung selbst entnehmen“, widersprach **Peter Ritter** (DIE LINKE). „Hier werden rechtsstaatliche Defizite und Grundrechtsverletzungen detailliert aufgelistet.“ Auch das Verhalten anderer Länder müsste doch „selbst ganz Hartleibigen“ zu denken geben. Kein anderer EU-Staat betrachte Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer, und lediglich Bulgarien stufe Algerien als sicher ein. Dem Ministerpräsidenten warf Ritter vor, sich widersprüchlich zu verhalten, wenn er in der Flüchtlingsfrage einerseits auf „Menschlichkeit und Mitgefühl“ setzen wolle, es andererseits aber bedauere, dass die Maghreb-

Staaten nicht schon in der Bundesratssitzung am 17. Juni zu sicheren Drittstaaten erklärt wurden. Dieses Mitgefühl sei den Koalitionsfraktionen auch beim Thema der Aussprache abhandeln gekommen. „Im Kern geht es um knallharte Innenpolitik. Dass die Sozialdemokratie dieses Landes so etwas mitmacht, erschüttert mich zutiefst.“

„Mein Bedauern für Ihre Erschütterung hält sich sehr in Grenzen, weil es eine große Übereinstimmung in der Frage der Asylpolitik zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Innenminister und den sie tragenden Fraktionen gibt“, erwiderte Innenminister **Lorenz Caffier**. „Es mag in den drei Staaten nicht alles perfekt sein. Aber es ist doch absurd, zu behaupten, dass dort Menschen systematisch verfolgt, bedroht und gefoltert werden oder sonst einer willkürlichen Gewalt ausgesetzt sind.“ Er erinnerte daran, dass die Staaten auch bei Deutschen ein beliebtes Reiseziel seien. „Wie sollen wir erklären, dass wir dort Urlaub machen können, aber niemanden dorthin abschieben sollen?“ Die Einstufung als sichere Länder erleichtere letztlich auch die Abschiebung straffällig gewordener Asylbewerber. „Wir alle wissen, dass wir mit dieser Flüchtlingsgruppe große Probleme haben.“ Die sinkende Zahl der Asylsuchenden aus diesen Staaten lasse er als Gegenargument nicht gelten. „Wollen wir auch Dämme erst bauen, wenn die Flut schon da ist? Soldaten erst ausbilden, wenn der Krieg begonnen hat?“

„Unser Asylrecht soll all diejenigen schützen, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden oder vor Krieg und Terror fliehen. In Tunesien, Marokko und Algerien ist das in der Regel nicht der Fall“, so **Dagmar Kaselitz** (SPD). Flüchtlingen von dort gehe es zu mehr als 90 Prozent um ein besseres Leben. „Das ist menschlich verständlich, aber kein Asylgrund.“ Für ihre Fraktion gehe es in der Einstufungsdiskussion vor allem um „schnellere Rechtssicherheit“. „Menschen aus diesen Staaten warten gegenwärtig oft weit über ein Jahr, bis über ihren Asylantrag entschieden ist – der dann meist abgelehnt wird.“ Von schnelleren Entscheidungen profitierten letztlich auch diejenigen, die bleiben dürfen und dann „schneller Zugang zu notwendigen Integrationsmaßnahmen erhalten“. Kaselitz verwies darauf, dass an eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat „hohe Anforderungen“ gestellt würden und die Entscheidung auch widerrufen werden könne. „Sie muss in den Folgejahren einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden. Die Bundesregierung ist verpflichtet, dem Bundestag alle zwei Jahre zu berichten, ob die entsprechenden Voraussetzungen weiterhin vorliegen.“

Für **Stefan Köster** (NPD) ist die Diskussion um die Maghreb-Staaten „typisch“ für Deutschland. „Wochenlang wird ein Thema künstlich verzerrt durch die Medien transportiert.“ Er sehe darin deutliche Parallelen „zum sogenannten Asylkompromiss“ von 2014. Damals seien Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden. Mit demselben Beschluss habe der Bundesrat jedoch auch die Residenzpflicht „weiter aufgeweicht“, die Vorrangprüfung bei der Jobvergabe „zum Auslaufmodell erklärt“ sowie das „Sach- zum Geldleistungsprinzip“ umge-

Foto: Jens Büttner



Flüchtlinge aus Algerien, Marokko und Tunesien sollen zurück geschickt werden in ihre als sicher eingestuft Herkunftsländer.

kehrt – und damit das Asylrecht „unterhöhlt“. Die Maghreb-Staaten für sicher zu erklären, hätte seiner Meinung nach aber auch „ohne faule Kompromisse“ kaum Auswirkungen: „Asylsuchende würden immer eine Erklärung finden“, die gegen eine Abschiebung spreche. Wer, wie SPD und CDU, eine „konsequente Flüchtlingspolitik“ fordere, müsse auch „die eigenen Grenzen“ vollständig kontrollieren. Das sei aber nicht gewollt. Vor diesen Hintergründen sei das Thema der Aussprache „gänzlich lächerlich“.

Die Maghreb-Staaten als sichere Länder einzustufen, steht für die Grünen im Widerspruch zum Grundgesetz. „Danach kann ein Staat als sicherer Herkunftsstaat bestimmt werden, bei dem aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet“, zitierte **Silke Gajek** aus Artikel 16a. Nach diesen Maßstäben könnten weder Algerien noch Marokko noch Tunesien sichere Länder sein, betonte sie. In allen drei Staaten gebe es Folter, sei Homosexualität strafbar, werde die Meinungs- und Pressefreiheit verletzt und agiere die Justiz nicht unabhängig, sagte sie unter Berufung auf nicht-staatliche Menschenrechtsorganisationen und Berichte der Vereinten Nationen. „Ich denke, dass sind genug Gründe, die Länder nicht als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Und ich hoffe, dass unser Ministerpräsident danach handelt.“

Maghreb

Der Begriff Maghreb (arabisch: Westen, wörtlich: Ort, wo die Sonne untergeht) bezeichnet aus der Perspektive des islamischen Zentralraumes (Arabische Halbinsel – Jerusalem – Kairo) die westlichen Länder, im Gegensatz zum Mashrek (arabisch: Osten, wörtlich: Ort, wo die Sonne aufgeht). Zum heutigen Maghreb gehören die durch das gleichnamige Gebirge verbundenen „Atlasländer“ Marokko, Algerien und Tunesien als Kernräume.



Die Standortgemeinden bekommen nur einen Teil der Gewerbesteuer für Windräder.

Foto: Jens Büttner

Kein höherer Freibetrag

Grüne scheitern mit Gewerbesteuer-Offensive für Gemeinden mit Windparks

Gemeinden, in denen Windparks stehen, können vorerst nicht mit höheren Einnahmen aus der Gewerbesteuer, die sie dafür erhalten, rechnen. Einen von den Grünen geforderten Freibetrag von bis zu 250.000 Euro auf die darauf zu entrichtende Umlage lehnten SPD, CDU und NPD ab. Auch am Anteil der Steuer, den die Betreiber den Kommunen zahlen, werde sich auf gesetzlicher Basis so schnell nichts ändern, machte Energieminister Christian Pegel deutlich. Derzeit gilt: Die Gemeinde, in der die Windräder stehen, erhält 70 Prozent; für die Gemeinde, in der der Betreiber seinen Sitz hat, gibt es 30 Prozent. Die Grünen forderten eine 90/10-Verteilung. Das zu ändern, wäre Aufgabe des Bundes. Der zeige sich, so Pegel, aber wenig verhandlungsbereit.

„Wir wollen, dass diejenigen, die die Belastungen der erneuerbaren Energien tragen, deutlich entlastet werden“, begründete **Johann-Georg Jaeger** (B' 90/DIE GRÜNEN) den Antrag seiner Fraktion. Er hob hervor, dass Kommunen, abweichend von der gesetzlichen 70/30-Regelung, mit dem Windparkbetreiber individuell auch andere Verteilungen vereinbaren können. „Darauf wollen wir die Gemeinden aufmerksam machen.“ Als „fair für beide Seiten“ erachte er ein 90/10-Prinzip. So oder so verbleibe aber nur ein kleiner Teil der Steuereinnahmen in den Kommunen. Beispielhaft dafür sei Groß Schwiesow. Dort blieben, so Jaeger, von 90.000 Euro Gewerbesteuer nur 9.000 für den kommunalen Haushalt übrig. „Der Rest fließt in alle möglichen Umlagen.“ Seine Fraktion rege deshalb an, die Einnahmen bis zu einer Höhe von 500.000 Euro zur Hälfte anrechnungsfrei in den Kommu-

nen zu belassen. Das würde nach Ansicht der Grünen insbesondere für kleine Gemeinden Anreize schaffen, sich um höhere Gewerbesteuereinnahmen zu bemühen.

„Ihr Antrag gibt viele sinnvolle Hinweise“, betonte Energieminister **Christian Pegel**. „Im zentralen Punkt, dem Aktivwerden der Landesregierung, ist er aber schon übererfüllt.“ Mecklenburg-Vorpommern habe bereits mehrere Anläufe unternommen, das Thema beim Bund voranzubringen, jedoch sei „ein dickes Brett zu bohren“. Die dafür nötigen Mehrheiten zu finden, sei nicht einfach. Denn: „Für viele Länder würde unser Vorteil einen Verlust an Steuereinnahmen bedeuten“, weil die meisten Betreiber nicht in M-V säßen. „Wir werden deshalb weiterhin einen langen Atem brauchen.“ Der Forderung nach einem Freibetrag werde er sich dagegen „ganz ausdrücklich“ nicht anschließen. „Das schafft eine Sonderrolle, die dann auch andere gesellschaftlich wünschenswerte Unternehmen für sich einfordern werden.“ Pegel unterstrich, dass sich die Landesregierung „vielfältig“ für die Akzeptanz erneuerbarer Energien einsetze. Dazu zähle das Bürgerbeteiligungsgesetz, die geplante bedarfsgerechte Befuerung von Windenergieanlagen sowie die Landesenergie- und Klimaschutzagentur.

Für **Dietmar Eifler** von der CDU ist das Anliegen der Grünen „verständlich und nachvollziehbar“, aber „überholt“. In der Frage nach einer stärkeren Beteiligung der Standortgemeinden sei die Landesregierung im Bundesrat „sehr aktiv gewesen“ – dabei aber zum Teil auch von Baden-Württemberg, einem Bundesland mit einem grünen Ministerpräsidenten, ausgebremst worden. „Nutzen Sie also die Gelegenheit da, wo Sie in Regierungsverantwortung stehen, um für Ihre Gedanken zu werben“, schrieb er den Grünen ins Stammbuch. Beim Geld höre aber ja bekanntlich die Freundschaft auf. Er stimme zu, dass betroffene Kommunen „zwingend“ entlastet werden müssten. „Die derzeitige Regelung führt zu einer Benachteiligung der Standortgemeinden.“ Gewerbesteuerrecht sei aber nun mal eine Angelegenheit des Bundes und müsse dort geregelt werden. Da könne man nicht „aus einem Bauchgefühl heraus irgendwelche Dinge hierherzau-

bern“. Im Bemühen um eine „vernünftige und nachhaltige rechtliche Regelung“ helfe der vorgelegte „Schaufensterantrag“ nicht weiter.

„Herr Eifler, wenn ich Sie so reden höre, dann frage ich mich: Wer regiert eigentlich im Land und im Bund?“, entgegnete **Dr. Mignon Schwenke** von den Linken. Wer andere ständig auffordere, sich bei Parteikollegen anderer Landesregierungen für etwas einzusetzen, der sollte „sich mal an die eigene Nase“ fassen. „Sie könnten doch auch viel mehr tun.“ Wenn sie auf die Energiepolitik der vergangenen drei Jahre zurückblicke, komme sie zu dem Fazit: „Links wirkt.“ Schwenke erinnerte daran, dass ihre Fraktion bereits im Mai 2013 den Gewerbesteueranteil der Standortgemeinde auf 90 Prozent erhöhen wollte, die Grünen sich damals aber enthalten haben; auch deshalb, weil sie 95 Prozent favorisiert hätten. Eine Bürgerbeteiligung und die Gründung einer Landesenergieagentur seien ebenfalls Forderungen, die andere – in dem Fall SPD und CDU – seinerzeit abgelehnt, sich später aber zu Eigen gemacht hätten. „Dem Antrag stimmen wir natürlich zu“, dem Prüfauftrag zu den Freibeträgen ebenfalls. „Auch wenn das keine bereits von uns gestellte Forderung ist.“

Obwohl hierzulande 2.884 Windkraftanlagen stehen, werde daraus nur ein Prozent der Gewerbesteuern in M-V generiert. „Das ist deutlich zu wenig“, bilanzierte **Rudolf Borchert** (SPD). Grund dafür seien steuerrechtliche Regelungen. Aufgrund einer langen Abschreibungsphase dauere es in der Regel viele Jahre, bis überhaupt eine Gewerbesteuer fällig werde. Im Laufe dieser Zeit sinke aber auch der Buchwert des Sachanlagevermögens. Mecklenburg-Vorpommern habe im Bundesrat die Initiative ergriffen, der Gewerbesteuer nicht das Sachvermögen, sondern die installierte Leistung zugrunde zu legen, um die lange Abschreibungsphase zu umgehen. Dafür habe sich im November 2014 auch eine knappe Mehrheit gefunden. „Den Bundestag hat das aber nicht erreicht, weil CDU-Bundesfinanzminister Schäuble nicht bereit war, aus diesem Mehrheitsbeschluss eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung zu machen.“ Um die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen zu verbessern, müssten diese Borcherts Meinung nach aber auch „noch viel besser“ über die Abweichmöglichkeiten von der 70/30-Regelung informiert werden.

Anders als Herr Jaeger werde seine Fraktion bei dem Thema nicht „die rosarote Brille aufsetzen“, sagte **Udo Pastörs**, Fraktionsvorsitzender der NPD. Dies überlasse er „Lobbyisten und Geschäftemachern“. „Tatsache ist, dass wir viel zu viel Windstrom haben, der gar nicht abgeleitet werden kann.“ Er warf den Grünen vor, die Bürger über das Beteiligungsgesetz mit Geld zu locken, „das gar nicht in die Kassen kommt, weil die Abschreibungen so hoch sind, dass in den ersten zehn Jahren überhaupt keine hohe Gewerbesteuer anfällt“. Wer in Zeiten klammer Gemeindekassen „den Leuten erzähle“, dass „23 Windmühlen vor dem Garten“ den „goldenen Regen“ brächten, handele „politisch unredlich“.

Antrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/5519

Weitere Beschlüsse

In der letzten Plenarwoche der Wahlperiode behandelte der Landtag u.a. 13 Gesetzentwürfe bzw. Gesetzesnovellen in zweiter Lesung und stimmte darüber ab:

Nachtragshaushaltsgesetz

Der Landtag hat beschlossen, aus den Rücklagen des Landes zusätzlich einen dreistelligen Millionenbetrag für schnelle Internetverbindungen bereitzustellen.
(Einen ausführlichen Bericht dazu können Sie auf S. 6/7 lesen.)

Landeskatastrophenschutz

Im Falle einer Katastrophe mit vielen Betroffenen ist das Innenministerium verpflichtet, eine zentrale Personenauskunftsstelle einzurichten. Das ist eine der Änderungen, die sich aus dem novellierten Landeskatastrophenschutzgesetz ergeben.

Drucksachen 6/5152, 6/5614 und 6/5625

Krebsregister

Mecklenburg-Vorpommern erhält ein einheitliches Krebsregister. Die Zusammenlegung parallel existierender Register soll Doppelmeldungen vermeiden. Das Register dient unter anderem der Ursachenforschung und der Qualitätsverbesserung der onkologischen Versorgung.

Drucksachen 6/5188 und 6/5607

Kommunalabgaben

Wasserzweckverbände können Grundstückseigentümer noch bis 2020 rückwirkend Beiträge für längst abgeschlossene Investitionen ins Wassernetz in Rechnung stellen. Kosten für künftige Investitionen sollen dagegen aus den regulären Gebühren gedeckt werden.

Drucksachen 6/5257, 6/5613 und 6/5626

Sparkassengesetz

Der Landtag hat das Sparkassengesetz geltendem EU-Recht angepasst. Darin werden u.a. die Regelungen zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat neu gefasst und die Ausschüttung des Jahresüberschusses auf maximal 55 Prozent begrenzt.

Drucksachen 6/5296 und 6/5597

Berufsqualifikation

Die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen wird länderübergreifend einheitlich geregelt. Mecklenburg-Vorpommern hat einen entsprechenden Mustergesetzentwurf übernommen.

Drucksache 6/5186, 6/5602 und 6/5635

Gleichstellung

Frauen sollen in der Verwaltung des Landes leichter in Führungspositionen kommen. Das neue Gleichstellungsgesetz sieht zudem – und nicht nur für Frauen – eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege sowie mehr Mit-

sprachrechte von Gleichstellungsbeauftragten vor.
Drucksachen 6/5189, 6/5598, 6/5631 und 6/5632

Architektengesetz

Berufsqualifikationen, die Architekten und Ingenieure im Ausland erworben haben, werden künftig in einem erleichterten und schnelleren Verfahren auf Gleichwertigkeit geprüft. Neu geregelt wurde u.a. auch die Anerkennung von Berufserfahrung.

Drucksachen 6/4176 und 6/5615

Digitaler Wandel

Gebäude, für die nach dem 31. Dezember 2016 eine Baugenehmigung beantragt wird, müssen mit hochgeschwindigkeitsfähigen Leitungen ausgestattet werden. Das soll den Zugang zu digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzen in M-V erleichtern.

Drucksachen 6/5305, Drucksache 6/5611 und 6/5634

Schutz psychisch Kranker

Menschen mit psychischen Krankheiten sollen bei Zwangsmaßnahmen stärker und aktiver als bisher in ihren Therapieprozess einbezogen werden. Die Änderungen im Psychischkrankengesetz sehen außerdem ausgeweitete Dokumentations-, Begründungs- und Überwachungspflichten vor.

Drucksachen 6/5185, 6/5600 und 6/5633

Beratung für Schwangere

Träger von Schwangerschaftsberatung in M-V werden bei Personal- und Sachkosten weiterhin zu mindestens 90 Prozent gefördert. So sieht es das neue Schwangerschaftskonfliktgesetz vor. Ursprünglich sollte die Quote auf 80 Prozent reduziert werden.

Drucksachen 6/5187, 6/5599 und 6/5630

Agrarstruktur

Grundstückseigentümer, die land- oder forstwirtschaftliche Flächen verkaufen, unterliegen auch künftig keiner Geneh-

migungspflicht. Die Grünen sind mit einem Gesetzentwurf zur Verbesserung der Agrarstruktur in M-V gescheitert. Dieser sah umfangreiche bodenrechtliche Regelungen vor.

Drucksache 6/5309

NPD-Anträge

Für die letzte Sitzungswoche der Wahlperiode reichte die NPD-Fraktion 59 Anträge ein, 42 davon hatten bereits in früheren Sitzungen auf der Tagesordnung gestanden und waren alle von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden. In der Debatte verwiesen die Redner der demokratischen Fraktionen immer wieder auf die früheren Debatten und die entsprechenden Wortprotokolle der Plenarsitzungen.

Alle NPD-Anträge wurden geschlossen abgelehnt.

Anträge NPD-Fraktion 6/5527 – 6/5588

Immunität aufgehoben

Auf Empfehlung des Europa- und Rechtsausschusses hob der Landtag am 6. Juli die Immunität des NPD-Abgeordneten **David Petereit** auf und machte damit den Weg frei für eine Vernehmung Petereits im NSU-Prozess beim Oberlandesgericht München. Petereit war Herausgeber der rechten Szenezeitschrift „Der weiße Wolf“, die 2002 einen „Dank an den NSU“ abgedruckt hatte. Petereit räumte vor Gericht ein, dass er den Dank verfasst habe. Er könne sich jedoch nicht an den Anlass des Dankes erinnern.



Die nächste Ausgabe erscheint nach der Konstituierung des neuen Landtages im Oktober.

Landtag trauert um Abgeordnete

Den Landtag erreichte die traurige Nachricht, dass die ehemaligen Abgeordneten Irene Müller und Georg Nolte gestorben sind.



Irene Müller war in der 3. und in der 5. Wahlperiode Mitglied der Fraktion der PDS bzw. DIE LINKE. Sowohl im Petitionsausschuss als auch im Sozialausschuss setzte sie sich immer für die Belange der Menschen, insbesondere der Menschen mit Behinderungen, ein. Auf ihre maßgebliche Initiative hin fand 2010 im Landtag der Tag der Menschen mit Behinderungen statt. Irene Müller wurde 61 Jahre alt.



Georg Nolte war zur Wendezeit Vorsitzender des Demokratischen Aufbruchs im Land und gehörte dem Landtag von 1991 bis 2002 als Mitglied der CDU-Fraktion an. In dieser Zeit hat er als Vorsitzender des Sozial-, des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses maßgeblich die Landespolitik mitgestaltet. Nolte starb im Alter von 73 Jahren.

Tschüß Landtag!

Zwölf Abgeordnete treten zur Landtagswahl am 4. September nicht mehr an

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Der Landeswahlausschuss hat alle 17 Parteien, die Kandidatenlisten eingereicht haben, zur Wahl zugelassen. Auf den Landeslisten bewerben sich 304 Frauen und Männer um ein Landtagsmandat. Wer in der 7. Wahlperiode dem Landtag angehört, entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Definitiv nicht mehr dabei sein werden diese zwölf Abgeordneten des jetzigen Landtages, da sie nicht wieder kandidieren.



Barbara Borchardt (DIE LINKE)
Barnin, geb. 1956,
Mitglied des Landtages
1998 – 2002 und seit 2.12.2004



Rudolf Borchert (SPD)
Waren/Müritz, geb. 1952,
Mitglied des Landtages
seit 26.10.1998



Jutta Gerkan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Waren/Müritz, geb. 1965,
Mitglied des Landtages
seit 4.10.2011



Regine Lück (DIE LINKE)
Rostock, geb. 1954,
Mitglied des Landtages
seit 22.10.2002



Detlef Müller (SPD)
Ludwigslust, geb. 1955,
Mitglied des Landtages
seit 26.10.1998



Dr. Norbert Nieszery (SPD)
Zibühl, geb. 1960,
Mitglied des Landtages
seit 22.10.2002



Heike Polzin (SPD)
Warin, geb. 1955,
Mitglied des Landtages
seit 26.10.1998



Wolf-Dieter Ringguth (CDU)
Rechlin, geb. 1958,
Mitglied des Landtages
seit 22.10.2002



Heino Schütt (CDU)
Marlow, geb. 1944,
Mitglied des Landtages
seit 4.10.2011



Jürgen Seidel (CDU)
Waren/Müritz, geb. 1948,
Mitglied des Landtages
von 1990 – 1994, 1998 – 2001
und seit 16.10.2006



Karen Stramm (DIE LINKE)
Hagenow, geb. 1961,
Mitglied des Landtages
seit 4.10.2011



Prof. Dr. Fritz Tack (DIE LINKE)
Dummerstorf, geb. 1942,
Mitglied des Landtages
seit 16.10.2006



„Forstpolitischer Waldspaziergang“ im Revier Bremerhagen des Forstamtes Poggendorf mit Revierleiter Henric Wojtek.

Foto: Landtag M-V

Ausschüsse vor Ort

Agrarausschuss unterwegs im Landkreis Vorpommern-Rügen

Während der letzten planmäßigen Zusammenkunft dieser Legislaturperiode besuchte der Agrarausschuss am 30. Juni die Firma PAL-Anlagenbau GmbH Abtshagen sowie das Schullandheim Bremerhagen und unternahm einen „Forstpolitischen Spaziergang“.

Das Unternehmen PAL, das sich der Entwicklung von Anlagen für die Aquakultur und Aquaponik verschrieben hat, ist ein Best-Practice-Beispiel dafür, wie innerhalb einer Erzeugergemeinschaft das Motto „Gemeinsam produzieren – gemeinsam vermarkten“ umgesetzt werden kann. Ausgangspunkt ist dabei die Entwicklung technischer Ausrüstungen, in denen die Fischzucht mit der Nutzung des Abwassers für die Erzeugung pflanzlicher Biomasse kombiniert wird. Interessant ist dieses Prinzip insbesondere für Landwirtschaftsbetriebe, die die Abwärme ihrer Biogasanlagen nutzen und sich zudem ein weiteres ökonomisches Standbein schaffen wollen. Speziell für diesen Interessentenkreis bietet PAL eine Containerlösung an, in der beide Verfahren kombiniert werden. Der große Vorteil: Für eine solche Anlage ist keine Baugenehmigung erforderlich.

Auf Abenteuer- und Erlebnispädagogik sowie Natur- und Umweltbildung hat sich das Schullandheim Bremerhagen spezialisiert. Für Aktions-Angebote stehen ein Naturlehrpfad, eine Schul- und Waldmökerei sowie ein Naturspielplatz zur Verfügung. Die Projektangebote umfassen die Bereiche

„Natur“ (z. B. Führungen auf dem Naturlehrpfad für die Klassenstufen 1 bis 3) sowie „Umwelt“ (z. B. Erkundung und Pflege der Streuobstwiesen für die Klassenstufen 4 und 5). Bei deren Umsetzung arbeitet die Einrichtung eng mit dem Forstamt Poggendorf zusammen.

Schließlich begaben sich die Landespolitiker auf einen „Forstpolitischen Waldspaziergang“. Auf der Agenda standen dabei u.a. die Themen „Wald und Mensch: Wald als Bildungsort sowie Erlebnis- und Erfahrungsraum“, „Nachhaltige Nutzung der Wälder aller Waldbesitzarten“, „Waldumbau, Klimawandel und Energie“, „Wald und Arbeit: Arbeitsort Wald – eine soziale Dimension“, „Landesforst MV – Wald und Forst aus einer Hand“. Alles dies wird im „Aktionsbündnis Wald in MV“ gebündelt und koordiniert, in dem zahlreiche Organisationen und Verbände zusammenwirken, wie der Bund Deutscher Forstleute (BDF), die Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), der Forstverein M-V, der Pommersche Forstverein, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), die Industriegewerkschaft Bauenergie (IG BAU), der Waldbesitzerverband sowie die Arbeitsgemeinschaft Kommunalwald.

Wald und Aquakultur

Die Themen Wald und Aquakultur standen auch auf der Tagesordnung in der letzten Plenarsitzungswoche: Auf Antrag der SPD/CDU-Koalition diskutierte das Plenum die Unterrichtung durch die Landesregierung zur „Strategie zur Entwicklung der Aquakultur in Mecklenburg-Vorpommern“ (Ds. 6/5513) und den „6. Bericht über den Zustand der Wälder und die Lage der Forstwirtschaft in M-V“ (Ds. 6/5327).



Foto: Landtag M-V

Museumsleiter Dr. Steffen Stuth zeigt den Ausschussmitgliedern Teile der kunsthandwerklichen Sammlung, die rund 35.000 Objekte umfasst.

Bildungsausschuss im Kulturhistorischen Museum Rostock

Mit rund 175.000 Objekten ist das Kulturhistorische Museum Rostock das bedeutendste kommunale Museum Mecklenburg-Vorpommerns und eines der wichtigsten Zentren für die Dokumentation bürgerlicher Kulturgeschichte des Landes. Im Rahmen seiner letzten Sitzung in dieser Wahlperiode besuchte der Bildungsausschuss am 29. Juni das Museum, das in den Gebäuden des mittelalterlichen Klosters zum Heiligen Kreuz untergebracht ist.

Museumsleiter Dr. Steffen Stuth begrüßte die Abgeordneten und führte sie durch das Museum. Das Kulturhistorische Museum Rostock verfüge über kunst- und kulturgeschichtliche Sammlungen von überregionaler, nationaler und internationaler Bedeutung, erklärte er. Die Kunstsammlung umfasse Bestände zu Malerei, Grafik und Plastik. Ferner werde in der Ausstellung ein Ausschnitt aus den umfangreichen Beständen zur Archäologie, die das Museum Anfang der 1990er-Jahre auch noch selbst betrieben habe, gezeigt. Leider könnten wegen der geringen Ausstellungsfläche derzeit nur 0,5 Prozent der Ausstellungsgüter gezeigt werden, so Stuth. Der übergroße Teil der Sammlungen befinde sich in diversen Depots. Gegenwärtig sei die Stadt Rostock dabei, ihr Museumskonzept fortzuschreiben. Im Rahmen dieser Fortschreibung werde angestrebt, die Ausstellungsfläche des Kulturhistorischen Museums Rostock zu erweitern, um eine derzeit noch fehlende Abteilung Stadtgeschichte etablieren zu können. Außerdem werde überlegt, die beiden Innenhöfe zu überdachen, damit das Museum künftig noch besser für Veranstaltungen genutzt werden könne. Jährlich zählt das Museum rund 60.000 bis 65.000 Besucherinnen und Besucher. Da der Eintritt frei ist, kommen auch zahlreiche Kindergartengruppen und Schulklassen, für deren Betreuung drei museumspädagogische Kräfte im Museum tätig sind.

#Gesundheit 2016

12. Nationale Branchenkonferenz
Gesundheitswirtschaft in Rostock

Bereits zum 12. Mal fand die Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Rostock-Warnemünde statt. Am 13. und 14. Juli trafen sich in der Yachthafenresidenz „Hohe Düne“ mehr als 600 Experten der nationalen und internationalen Gesundheitsbranche, um sich mit Wissenschaftlern, Medizinerinnen und Unternehmen auszutauschen, neue Impulse zu geben und mitzunehmen, Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen. Für den Landtag nahmen Dietmar Eifler, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, sowie Rainer Albrecht, Julia Barlen, Maika Friemann-Jennert, Bernd Schubert und Helmut Holter an der Konferenz teil.

Schwerpunktmäßig beschäftigten sich die Konferenzteilnehmer mit der Digitalisierung der Gesundheitswirtschaft. Dabei ging es u.a. um Chancen und Gefahren der Digitalisierung für die Gesundheitswirtschaft, digitale Versorgungsstrukturen und -lösungen, elektronische Patientenakte, neue telemedizinische Anwendungen, Auswirkungen der Digitalisierung im Pflegebereich und betriebliches Gesundheitsmanagement im digitalen Zeitalter.

Bei einem Business- und Investoren-Breakfast konnten junge Forscher, Ideengeber und Gründer mit gestandenen Unternehmern und Investoren zusammenkommen. Dies bot die Möglichkeit, sich kennenzulernen, auszutauschen, innovative Ideen vorzustellen, Chancen und Risiken einer Gründung zu diskutieren und das Netzwerk weiter auszubauen. Ziel ist es, möglichst viele Forschungsergebnisse und Ideen in den Markt zu transferieren und neue Geschäftskonzepte für das Land zu entwickeln und zu verwirklichen.

„Eine flächendeckende Digitalisierung in der Gesundheitsbranche bietet nicht nur große Chancen für die Gesundheitswirtschaft in unserem Land“, ist sich Wirtschaftsausschussvorsitzender **Dietmar Eifler** sicher. Die Fachbeiträge und Konferenzgespräche hätten auch gezeigt, dass sich so die medizinische Versorgung der Patienten im ländlichen Raum sichern und verbessern ließe. Die bereits gestarteten Pilotprojekte, z. B. das Kooperationsprojekt zwischen der Philips GmbH und der Universitätsmedizin Rostock zur vernetzten Versorgung von Herzpatienten, seien dabei ganz wichtige Zwischenschritte, um im Ergebnis eine optimale Vernetzung sowohl in der gesamten Gesundheitsbranche als auch im Gesundheitssystem zu erreichen. „Ob es die Elektronische Gesundheitsakte ist oder die Patientenberatung über das Smartphone – die Telemedizin bietet dem Gesundheitsbereich zahlreiche Möglichkeiten“, so Eifler.

Die Gesundheitswirtschaft ist eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in Mecklenburg-Vorpommern und ein Beschäftigungsmotor. Mehr als 100.000 Beschäftigte sind in diesem Bereich tätig.



v.l. Jan-Eric Fähnrich, Ministerpräsident Erwin Sellering, Kim Ariane Schmidtchen, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Hannes Michallik, Gregor Heilborn.

Fotos: Cornelius Kettler

Juniorwahl gestartet

Zum Auftakt debattierten Jugendliche mit Spitzenkandidaten zur Landtagswahl

Nach exakt zwölf Minuten gaben sich Hannes Michallik von der Werkstatzschule Rostock und Ministerpräsident Erwin Sellering kollegial die Hand – nachdem sie sich zuvor mit Worten duelliert hatten. In ihrer Debatte ging es um den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Grünen-Spitzenkandidatin Silke Gajek und Kim Ariane Schmidtchen aus Neubrandenburg debattierten die Absenkung des Wahlalters für den Landtag auf 16 Jahre. Rund 120 Schülerinnen und Schüler aus M-V verfolgten als Zuschauer die spannenden Debatten.

Ihr Thema hatten beide Politiker mit Blick auf das Wahlprogramm ihrer Partei gewählt. Auf der Pro-Seite vertraten sie somit ihre wirkliche Überzeugung. Die Jugendlichen übernahmen, unabhängig von der persönlichen Meinung, die Kontra-Position. Dass sie auf beiden Seiten debattieren können, haben sie bei dem bundesweiten Unterrichts-Projekt „Jugend debattiert“ gelernt. Gelernt haben sie auch, worauf es bei einer guten Debatte ankommt: Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft. Dass sie dies alles beherrschen, stellten sie überzeugend unter Beweis. Auch deshalb waren die beiden Debatten für Erwin Sellering und Silke Gajek keineswegs ein Routinetermin. Zumal es auch zeitlich klare Regeln einzuhalten galt: je zwei Minuten Eröffnungs-Statement, sechs Minuten freie Aussprache und je eine Minute Schlussrede. Auf die Einhaltung der Zeitvorgaben achteten die Zeitwächterinnen Gesa Petersen und Charlotte Schwermer, die als moralische Unterstützung für Kim Ariane extra aus Neubrandenburg mit nach Schwerin gekommen waren.



Hannes Michallik aus Rostock debattierte mit Ministerpräsident Erwin Sellering über den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Rund 120 Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns verfolgten als Zuschauer die Debatten und honorierten die Leistungen sowohl der Politiker als insbesondere ihrer Altersgefährten mit reichlich Applaus. Diesen bekamen auch Gregor Heilborn und Jan-Eric Fähnrich, die zur Legalisierung von Cannabis und Personalaufstockung beim Verfassungsschutz debattierten. Die Abiturienten vom Schweriner Gymnasium Fridericianum nahmen dabei Wahlprogramm-Positionen von CDU bzw. Linken ein, deren Spitzenkandidaten aus Termingründen abgesagt hatten.

Nach den Debatten waren die Schülerinnen und Schüler im Publikum zum Mitmachen aufgerufen. Die Chance, die Debattanten noch mit eigenen Fragen zu löchern, ließen sich die Jugendlichen nicht entgehen. Bei der Saalabstimmung zu den Debattenfragen zeigte sich, dass zu allen vier Themen auch bei den Schülern die Meinungen geteilt waren.

„Unsere weite Bahn-Anreise hat sich gelohnt“, freute sich Anja Barten von der Jona-Schule Stralsund nach der Veranstaltung und weiß sich damit einig mit ihren Schülern. Auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider war zufrieden. „Veranstaltungen wie ‚Jugend debattiert‘ und Juniorwahl machen mir Hoffnung“, hatte sie in ihrem Grußwort gesagt. „Sie zeigen, dass es in Mecklenburg-Vorpommern viele kluge und engagierte junge Menschen gibt, die sich infor-

mieren, eine eigene Meinung bilden und den Wert, in einer Demokratie zu leben, nicht nur zu schätzen wissen, sondern auch verteidigen.“

Die Debatten mit Spitzenkandidaten zur Landtagswahl waren der Startschuss für das Unterrichtsprojekt „Juniorwahl“. Im Vorfeld der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern beteiligen sich daran landesweit etwa 15.000 Jugendliche in 85 Schulen. Die Ergebnisse ihrer Online-Abstimmung werden parallel zur Landtagswahl am 4. September um 18.00 Uhr öffentlich gemacht.

www.juniorwahl.de

„nicht-egal“



Internet-Kampagne zur Stärkung der Debattenkultur gestartet

Am 20. Juli startete das Social-Media-Projekt „nicht-egal“. Auf der Internetseite www.nicht-egal.net können Interessierte bis zur Landtagswahl am 4. September zu verschiedenen Themen diskutieren, Kommentare verfassen und auch abstimmen. „Kiffen erlauben?“ lautete die erste Frage, die zur Debatte stand.

Die Kampagne richtet sich vorrangig an junge Menschen im Alter von 17 bis 24 Jahren. In erster Linie zielt „Nicht-egal“ auf die Nutzerinnen und Nutzer Sozialer Medien – insbesondere Facebook. Nach Information der Betreiber des weltweiten sozialen Netzwerkes verfügen aktuell rund 101.000 der insgesamt 110.000 in Mecklenburg-Vorpommern wohnenden jungen Leute im betreffenden Alter über einen Facebook-Account (rund 92 Prozent).

Mitmachen, Meinungen äußern und abstimmen können alle – auch diejenigen, die nicht bei Facebook angemeldet sind.

Ziel sei es, so Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der offiziellen Vorstellung des Projektes, junge Leute aus Mecklenburg-Vorpommern für Politik zu interessieren und gleichzeitig ein Beispiel einer verbesserten Debattenkultur im Internet zu etablieren.

Kooperationspartner von „nicht-egal“ sind der Landtag M-V, die landesweite Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ und die Beteiligungswerkstatt des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern.

Bei der online-Abstimmung zum ersten Thema „Kiffen erlauben?“ übrigens waren die Befürworter deutlich in der Überzahl. In der nicht repräsentativen Abstimmung stimmten mehr als 80 Prozent der Teilnehmenden für die Legalisierung von Cannabis – allerdings nur für Erwachsene. Die nächsten beiden Debatten-Themen sind „Wählen mit 16?“ und „Datenpoker mit Pokémon?“.

wählen gehen

Landtagswahl am 4. September

Am 4. September wird ein neuer Landtag gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestimmen, wer in den kommenden fünf Jahren für sie Politik in Schweriner Schloss macht. Mit unserer Serie wollen wir wichtige Fakten zur Wahl erklären.

Teil 6: Briefwahl

Wahlberechtigte, die am Wahltag ihre Stimme nicht persönlich im Wahllokal abgeben können oder möchten, können ihr Wahlrecht schon vor dem Wahltag durch Briefwahl ausüben.

Hierzu braucht man einen Wahlschein, den man bei seiner Gemeindegewahlbehörde beantragen kann.

Ein Vordruck für den Wahlscheinantrag befindet sich auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung, die jeder Wahlberechtigte bis spätestens 13. August zugeschickt bekommt.

Einen Wahlschein kann man aber auch schon vorher bei der Wahlbehörde schriftlich oder mündlich – aber nicht telefonisch – beantragen. Die Schriftform gilt auch als gewahrt, wenn der Wahlscheinantrag mittels elektronischem Brief (E-Mail) oder Telefax gestellt wird. Bei dieser Form der Antragstellung sind jedoch die Angaben zur Person (Familiennamen, Vorname, Geburtsdatum, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) zwingend erforderlich; eventuell ist auch die Anschrift anzugeben, an die die Briefwahlunterlagen versandt werden sollen.

Für die Landtagswahl am 4. September erhält die oder der Wahlberechtigte folgende amtliche Briefwahlunterlagen:

- einen weißen Wahlschein,
- einen blauen Stimmzettel für den Landtagswahlkreis,
- einen blauen Stimmzettelumschlag und
- einen roten Wahlbriefumschlag.

Die roten Wahlbriefe können innerhalb Deutschlands unfrankiert in jeden Briefkasten der Deutschen Post AG eingeworfen oder in Postfilialen abgegeben werden. Will der Wähler aus dem Ausland mittels Briefwahl wählen, muss er den Wahlbrief ausreichend frankieren.

Der Wahlbrief mit den ausgefüllten Briefwahlunterlagen muss spätestens am Wahlsonntag bis 18.00 Uhr bei der zuständigen Stelle eingegangen sein, damit er bei der Stimmenausrwertung berücksichtigt werden kann.



Fotos: Landtag M-V

Foto: Stephan Rudolph-Kramer



Knapp zwei Stunden nach dem Ende der vorletzten Plenarsitzung der Legislaturperiode am 7. Juli eröffnete Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Burggarten des Schweriner Schlosses das traditionelle Sommerfest des Landtages. Knapp 600 Gäste – darunter aktuelle und ehemalige Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung, Vertreter weiterer Verfassungsorgane, ausländische Gäste, Unternehmerinnen und Unternehmer, Vertreter von Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, weiterer Institutionen sowie von Vereinen und Verbänden – nutzen die Gelegenheit für Gespräche und Begegnungen jenseits des Politikalltags.

Dank vieler Sachspenden zahlreicher Unternehmen gab es wieder eine Tombola, deren Erlös diesmal dem Projekt „Willkommenskultur Torgelow“ zugutekommt. Es soll für den Ausbau eines Gemeinschaftsraumes in der Gemeinschaftsunterkunft Drögeheide und die Einrichtung eines Begegnungszentrums in Torgelow genutzt werden.



Auf dem Sommerfest übergab Sylvia Bretschneider drei Demokratie-Aktien im Nennwert von je 1000,- Euro an Heiko Gerdt (l.), Vorstandmitglied der Sparkasse Vorpommern. Mit dem Erlös des Aktienverkaufs unterstützt das Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ regionale Demokratie-Projekte, Veranstaltungen oder auch Publikationen. Aktien können ab einem Nennwert von fünf Euro gezeichnet werden. Informationen dazu gibt es unter: www.erfolg-braucht-vielfalt.de



Der Landtag war – wie schon bei den vorherigen Landesfesten – auch beim MV-Tag in Güstrow vom 8. – bis 10. Juli dabei. In seinen beiden Ausstellungspavillons auf der Landesmeile gab es jede Menge Informationen zum aktuellen Landesparlament, zur bevorstehenden Landtagswahl am 4. September sowie zum Landtagssitz Schweriner Schloss. Vor Ort waren auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, der Bürgerbeauftragte des Landes Matthias Crone sowie die Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

